

Kleine Handreichung zur Nutzung der Ausarbeitungen

Eine kleine Gruppe von OMAS hat es sich zur Aufgabe gemacht, das AfD-EU-Wahlprogramm durchzuarbeiten, prägnante Zitate herauszudestillieren und diese zu kommentieren. Wir haben arbeitsteilig und eigenständig an verschiedenen Kapiteln gearbeitet, und dann die Ergebnisse in einem Dokument zusammengefügt. Jede Oma hat einen etwas anderen Zugang gewählt, diese Vielseitigkeit gibt das Dokument wieder.

Zur besseren Übersichtlichkeit habe ich die Kapitel des AfD-Programms durchnummeriert und jede Bearbeitung mit einem Seitenumbruch abgeschlossen – so kann man gezielt nach bestimmten Kapiteln suchen.

In fast allen Beiträgen sind die Gliederungspunkte innerhalb eines Kapitels unterstrichen, die Kommentare kursiv und eingerückt.

Wir mussten uns bremsen, um nicht ins „Rechercheieber“ zu verfallen – wir stellen Euch das Ergebnis unserer Arbeit zur Verfügung, als Beitrag zur Entwicklung von Argumentationshilfen für die Arbeit an Infoständen o.ä.

Und wir bitten um Nachsicht ob der vielen kleinen Fehler, die sich sicher immer noch versteckt haben – es ist, was es ist und wir hoffen, es ist hilfreich.

Gabriela, Marion, Petra, Conny, Jutta und Dagmar

0) Präambel (Seite 8)

Europa neu denken

„Europa der Vaterländer“ (S.8)

- *Wer sind „Vaterländer“?*
- *Lt. Statistische Bundesamt 2022 lebten 2022 23,8 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund (= 28,7 %), mehr als die Hälfte mit deutschem Pass. (Pressemitteilung 20.04.23)*
- *Geht es hier versteckt um eine Fortsetzung des „Arierabweises“ – für wie viele Generationen zurück muss das „Deutschsein“ nachgewiesen werden, wenn rund 25 Millionen „remigriert“, also deportiert werden sollen?*

Die EU verfügt „weder über ein Staatsvolk noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende, demokratisch verfasste Staaten“ (S.8)

- *Das ist völkisches Denken –die Menschen sind schon immer gewandert und haben sich vermischt, es gibt keine homogenen Völker, wenn der Unterschied innerhalb eines „Volkes“, zwischen Bayern und Ostfriesen, deutlich größer sein kann als zwischen zwei Vertretern unterschiedlicher „Völker“.*

„Dogma des menschengemachten Klimawandels“ (S8)

- *Lt AfD ist ein Klimawandel ein natürliches Phänomen, an dem menschliches Handeln keinen Anteil hat – es wird von den Herrschenden Eliten genutzt, um ihre Macht zu stärken.*

„...Einheitswährung...gescheitert...daraus folgende hohe Inflation führt zur schleichenden Enteignung der Bürger“ (S.8)

- *Konstruierter Zusammenhang, nicht belegbar*

Staaten Europas: „natürliche Interessen – fruchtbare Handelsbeziehungen im europäisch-asiatischen Raum“

Geht von einem völkischen Zusammenhang aus, „kaukasischer Menschentyp“ = rassenkundliche Bezeichnung für hellhäutige Menschen

„Wir halten die EU für nicht reformierbar und sehen sie als gescheitertes Projekt. Daher streben wir einen „Bund europäischer Nationen“ an, eine neu zu gründende europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, in der die Souveränität der Mitgliedstaaten gewahrt ist. Das Wohl Deutschlands und seiner Bürger steht für uns dabei an erster Stelle“ (S.9)

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- *Die AfD träumt von einem Bündnis, in dem allein die gerade für die deutsche Wirtschaft wichtigen Aspekte wie freier Marktzugang, Zollfreiheit etc. erhalten bleiben, alle gemeinsamen politischen Anliegen aber zurück an die nationale Ebene gehen (Ausnahme: Schutz der Außengrenze). Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat es bereits gegeben, 1957 wurde sie von Benelux, Frankreich, Italien und Deutschland gegründet – aus ihr hat sich die EU entwickelt, um ein gemeinsames Europa in einer sich wandelnden Welt unabhängiger und stärker zu machen.*

„Einheit und Stärke nach außen – nationale Vielfalt nach innen“

- *Nationale Vielfalt = viele Nationalstaaten*

1. Ein Europa der Nationen (Seite 9 – 12)

Die EU ist ein undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt

Wahlrecht: „nicht nach dem urdemokratischen Prinzip des gleichen Stimmrechts für jeden Wähler“ (S.9)

- *Art 39 der Charta der Grundrechte der EU: Wahlrecht für alle Unionsbürger_innen, „unter denselben Bedingungen wie die Angehörigen des betreffenden Mitgliedsstaates.“ „Alle Mitglieder des EU-Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl gewählt“ Im Jahr 2024 wird das Parlament 720 Sitze haben, die unter den Mitgliedstaaten aufgeteilt werden nach zwei Kriterien: der Bevölkerungszahl und der Notwendigkeit einer Mindestvertretung für kleinere Staaten. Diese Regelung sichert, dass weder die größeren Staaten leicht von einer Gruppe kleinerer Staaten majorisiert wird, noch ist es einfach, dass größere Staaten alle kleineren dominieren – bei inhaltlichen Interessenskonflikten müssen gemeinsame Lösungen ausgehandelt werden. Deutschland hat mit 96 Sitze die Höchstzahl der Sitze, das sind 13,3 %; Lt. Stat. Bundesamt hatte die EU 448,4 Bürger_innen (2023), Deutschland 84,4 Mio = 18,8 % Aufgrund dieser Diskrepanz nennt die AfD die Wahl undemokratisch.*

“Nur der Nationalstaat (kann) eine authentische Quelle von Demokratie sein“ (S.9)

- *geht vom Prinzip der Vertretung völkischer Interessen aus*

Die AfD ist gegen Euro-Rettung, gegen Schuldenerlass, gegen Wiederaufbaupläne, gegen Eurozone

- *Die AfD ist gegen jede gemeinsame europäische Verantwortung (Ausnahme: Schutz der Außengrenze) frei nach dem Spruch: Der Starke ist am mächtigsten allein!“, (wobei Wilhelm Tell ja bekanntlich doch erkennen musste, dass letztlich nur der gemeinsame Kampf gewinnen kann)*

Das EU-Projekt ist gescheitert

Alle EU-Verträge haben „ das Prinzip der Volkssouveränität ausgehöhlt“ (S 10)

Für mehr Gemeinsamkeit und ein starkes Europa wurden tatsächlich Kompetenzen verlagert, z.B. in Sachen Handel, Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Umwelt- und Naturschutz etc.

„alles zum Scheitern verurteilt, es gibt kein „europäisches Staatsvolk“

- *Das Staatsvolk der EU umfasst 448,8 Bürger_innen*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

„Ausschließlich im Nationalstaat mit demokratischer Verfassung können Volkssouveränität und Grundrechte der Bürger gelebt und bewahrt werden.“ (S.10)

- *Der Begriff „Volkssouveränität“ ist eng an Nationalstaaten gekoppelt, aber aufgrund der Jahrhundertealten Migrationsbewegungen gibt es praktisch kein Land mehr mit einer homogenen Bevölkerung. Interessant ist, wie häufig im gesamten Text die AfD für sich den Begriff der Demokratie für sich in Anspruch nimmt und sich als Wahrerin der echten Demokratie geriert – mit dem einen Haken, dass nur das, was in ihre Gesinnung passt, demokratisch ist, alles andere nur Scheindemokratie.*

Ziel: „Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“ (S.10) per Volksabstimmung

- *Volksabstimmungen gibt es Deutschland alleine für Fragen der Gebietsneugliederung. Bisherige Versuche, diese über die bestehende thematische Festlegung hinaus einzuführen, sind im Bundestag gescheitert. Historisch (seit Weimarer Republik) sind bisher praktisch alle Volksentscheide an der Notwendigkeit von einer min. 50% Wahlbeteiligung gescheitert*

Ein Bund europäischer Nationen

Einschränkung der Souveränität jedes europä. Staates „wird ausgeschlossen“.

„Grundsätzlich soll Vertragsfreiheit für jeden Staat und jeden einzelnen Politikbereich auf völkerrechtlicher Basis mit einem geregelten Austrittsrecht gelten“ (S.10)

- *Nicht Zusammenhalten, sondern auseinanderdividieren: das ist ganz grob die Linie der AfD mit Blick auf die EU – mit der oben zitierten Regel wäre die EU komplett handlungsunfähig.*

Zwischenstaatliche Streitigkeiten: Gerichtshof “dessen Richter von den nationalen Verfassungsgerichten entsandt werden“ (S.10)

- *Zurzeit gibt es am EUGH einen Richter pro Mitgliedstaat. Die Bewerber müssen im Mitgliedstaat für höchstrichterliche Ämter qualifiziert sein. Die Ernennung erfolgt nach interner Beratung einvernehmlich. Die AfD möchte die Ernennung von der Zustimmung der anderen unabhängig machen.*

„Einwanderung in unsere Sozialsysteme unterbinden“

- *Die These, dass Menschen wegen des deutschen Sozialsystems ins Land kommen, ist nicht belegt. Es ist dagegen naheliegend, dass sich Einwanderer daran orientieren, wo schon andere Landsleute sind und damit die Eingewöhnung vielleicht leichter fällt.*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Masseneinwanderung beenden: erste und wichtigste Gemeinschaftsaufgabe, umfasst die Errichtung physischer Barrieren, eine technische Überwachung, Einsatz von Grenzschutzkräften.

Durchführung wird nationalen Behörden übertragen (11)

- *Die Kontrolle über die Grenze und Verhinderung von Migration ist ein wichtiger Thema, das im Text immer wiederkehrt.*

Der Weg zum Bund der Nationen

Solange die Fehlkonstruktion EU fortbesteht: „weitere Einschränkungen der nationalen Souveränität ...verhindern“ (S.11)

- *Definiertes Ziel der AfD im EU-Parlament: Blockade*

Volksabstimmungen zur EU auf Bundesebene!

- *Siehe: Das EU-Projekt ist gescheitert*

Das undemokratisch gewählte EU-Parlament abschaffen (S.11)

- *Siehe „Europa der Nationen“*

Alle Rechtssetzungskompetenz alleine beim Rat, „dessen Mitglieder in ihrem Stimmverhalten jedoch an Entscheidungen der nationalen Parlamente gebunden werden müssen“ (S.11)

- *Im EU-Rat treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsländer min. zweimal im Jahr, diskutieren die für die Weiterentwicklung der EU notwendigen Impulse und legen gemeinsam die allgemeinen politischen Zielsetzungen und Prioritäten fest. Die Umsetzung erfolgt in der Kommission und wird von den fachlich zuständigen Ministerräten begleitet: entschieden wird im Parlament.
Mit der Vorgabe der Entscheidungsbindung würde jeder Verhandlungsraum entfallen, im EU-Rat würden die jeweils die nationalen Interessen ungebremst und ohne Diskussion aufeinanderprallen. Der Rat wäre handlungsunfähig.*

Die EU – Zentralismus und Bürokratie

Zu viel Zentralismus, zu viel Bürokratie

Lobbyismus, Korruption und Bereicherung – Skandal!

- *Lobbyismus findet sich überall, wo Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden. Lobbyismus ist Teil der Vertretung von Gruppeninteressen – z.B. Tierwohl, Kinderrechte, Umweltschutz.*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Gefährlich wird es da, wo es ausschließlich um Profitinteressen geht und die Argumente mit Schmiergeldern unterfüttert werden. Das ist selbstverständlich verboten und wird geahndet (Fall Eva Kaili, Ende 2022, jetzt in U-Haft)

Information und Transparenz: NROs sollen „eine jährliche Offenlegung eines Geschäftsberichts“ (S.12) haben

- *NichtRegierungsOrganisationen (NRO) sind Vereine oder Stiftungen, die weder staatlich sind noch Unternehmen mit Gewinninteresse; sie gehören zur Zivilgesellschaft und organisieren sich um gemeinsame Interessen.
In Deutschland müssen sowieso alle eingetragenen Vereine etc. einen jährlichen Sach- und Finanzbericht vorlegen.
Für alle, die sich einen autoritären Staat wünschen, sind zivilgesellschaftliche Organisationen suspekt: Bürger_innen, die sich untereinander organisieren und Probleme und Lösungen diskutieren, sind schwer zu kontrollieren. Putin erließ schon 2012 ein Gesetz gegen ausländische NRO, die als „ausländische Agenten“ verdächtigt wurden; das wurde 2022 verschärft.*

„Gremien, die der Umgehung von Demokratie dienen, wie z.B. eine „Konferenz für die Zukunft Europas“ „Bürgerräte“ o.ä. lehnen wir ab! Es handelt sich um Demokratiesimulationen, welche die bestehenden Demokratiedefizite verschleiern sollen“ (S.12)

- *Die AfD beansprucht die Definitionsgewalt, was demokratisch und damit gut und was scheindemokratisch und damit schlecht ist. Das legitimiert dann in ihren Augen ein Verbot für alles Scheindemokratische - ein zentraler Gedanke in jedem autoritären Regime.*

2. Fundamentalistischer Islam (Seite 12-13)

Koran und Sunna sind „mit den europäischen Grundprinzipien von Recht, Freiheit und Demokratie nicht in Einklang zu bringen“ (S.12)

Forderung nach Verbot von Ungleichbehandlung von Männer und Frauen, Kinderehen, Vielehen

- *Diese Fragen sind längst geklärt: Frauen haben in Deutschland lt. Grundgesetz die gleichen Rechte wie Männer, Vielehe, auch nur Bigamie, sind nach BGB verboten ebenso wie Kinderehen – in Deutschland ist das Mindestalter für eine Eheschließung 18 Jahre; In Zukunft sollen auch im Ausland geschlossene Ehen, in denen ein Partner bei Eheschließung unter 16 Jahren alt war, in Deutschland ungültig sein.*

Muslimischen Antisemitismus erkennen und bekämpfen

„neu in Erscheinung tretende Antisemitismus in Europa, der seine Wurzeln im Islam hat.“
(S.13)

- *Suggestiert, dass Antisemitismus KEINE Wurzeln in Europa hat*

3. Die Identität der Nationen bewahren (Seite 13-18)

Nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik

Alle Zuständigkeiten an Nationalstaaten zurückgeben

Asylverfahren in Drittstaaten (Ruanda-Modell)

aus humanitären Gründen: freiwillige und ausschließlich temporäre Aufnahme einer souverän bestimmten Zahl vorab ausgewählter besonders Schutzbedürftiger“ (S.14)

konsequent gegen illegale Migration – besser: „heimatnahe Versorgung von echten Flüchtlingen“ und „Aufbau von Schutzzentren vor Ort“

- *2022 gab es rund 34,6 Mio. Flüchtlinge, die ihr Heimatland verlassen haben; deutlich mehr als im Vorjahr (Ukraine); 40% der Geflüchteten sind Kinder, 70% leben in den Nachbarländern, 2,1 Mio. Geflüchteter leben in Deutschland. (UNHCR)*

„Internationale Vorschriften und Verpflichtungen zur Aufnahme migrationswilliger Menschen – wie sie der UN-Migrationspakt und der UN-Flüchtlingspakt vorsehen- lehnen wir ab“ (S15)

Bzgl. Ukrainer: Ressourcen Deutschlands erschöpft - weiterleiten in andere Staaten.

Schutz vor Straftätern und Gefährdern

Behauptung: zahlreiche Gewalttaten und Tötungsdelikte hätten durch die rechtzeitige Abschiebung von Straftätern vermieden werden können.

- *Lt. Bundeslagebild 2022 des BKA lagen der Schwerpunkt der Straftaten, bei denen min einem „tatverdächtigen Zuwanderer“ im Bereich Diebstahlsdelikt, dabei sind 2 von 3 Ladendiebstähle. Zu dem von der AfD postulierten Zusammenhang konnte ich keine Belege finden – es gibt immer wieder Einzelfälle, die dann medial sehr hoch gekocht werden.*

Deutschlands Kontrollverlust beenden

Wegen hohen Sozialleistungen für alle in Deutschland = Migrationsmagnet in Europa

„Zudem dürfen anerkannte Asylbewerber nicht automatisch in einen Daueraufenthalt und die deutsche Staatsangehörigkeit hineinwachsen.“

Sobald die Rückkehr möglich, muss diese durchgesetzt werden.

„Die unreflektierte und uneingeschränkte deutsche „Willkommenskultur“ werden wir beenden.“(S.15)

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Änderung des Schengener Abkommens

Zustrom illegal einreisender Ausländer = Terrorismus, Bandenkriminalität

- *Die Möglichkeiten, legal einzureisen, sollen extrem verengt werden*
- *alle, die illegal einreisen, werde kriminalisiert*

Kriminellen Personen Einreise verweigern: konsequente und effektive Grenzkontrolle
Schengener Abkommen so reformieren, „damit die souveränen Nationalstaaten durch effizienten Grenzschutz die eigene Innere Sicherheit wieder gewährleisten können“(S.15)

konsequente Zurückweisung von sog. Wirtschaftsflüchtlingen...durch eine entsprechend ausgerüstete und gemeinsam finanzierte Frontex-Einheit“ (S.15)

- *Amnesty International hat Frontex vorgeworfen, Geflüchtete nicht ausreichend zu schützen, sondern im Gegenteil an sog. illegale „Pushbacks“ beteiligt zu sein.; das gilt mittlerweile als gesichert. Der frühere Frontex-Chef, der Franzose Fabrice Leggeri, ist nach schweren Vorwürfen und Beweisen, zurückgetreten – er kandidiert jetzt für die französischen Rechtsnationalen, der Rassemblement National, der Le-Pen-Partei für das EU-Parlament.*

Dualer Grenzschutz: Außengrenze Schengen =gemeinschaftlich, einzelne Staaten können zusätzlich in Eigenregie Grenzkontrollen „zur rechtstaatlichen Abwehr illegaler Migration“ durchführen(S.15)

- *Das würde bedeuten, dass sich Deutschland selbst innerhalb der EU abschottet: Zurück zu Grenzkontrollen überall*

Innere Sicherheit und Justiz sind nationale Aufgaben

Gesamte Rechtshilfeverkehr durch zwischenstaatliche Abkommen regeln. (S.16)“

- *Über Jahre hinweg müssten eine Vielzahl neu zu verhandelnder Verträge bedeuten, mit große Rechtsunsicherheit;*

Islamistische Terrorpotentiale abwehren und bekämpfen

„Islamistische Radikalisierungstendenzen werden zu einem umfassenden Sicherheitsproblem
AfD empfiehlt dagegen: Bekämpfung von Parallelgesellschaften, enge Zusammenarbeit europäischer Sicherheitsbehörden.“

- *Parallelgesellschaften entstehen durch Ausgrenzung, mehr Offenheit für die Integration von Geflüchteten wäre die richtige Antwort*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

„Dabei unterliegen vor allem Kinder aus muslimisch-fundamentalistischen Elternhäusern dem Zugriff radikaler Ideologien, die in religiösen Predigten immer wieder zur Gewalt aufrufen. Die EU-Mitgliedstaaten sind in der Verantwortung Kinder und Jugendliche vor einer Indoktrination zu bewahren.“ (S.16)

- *Was hat die AfD mit Kindern islamischer Eltern vor ????*

Festung Europa

„Zum Schutz unserer Freiheit, unserer Lebensweise und unserer Identität muss die irreguläre und illegale Masseneinwanderung aus kulturfremden Regionen nach Europa beendet werden.“ (S.16)

„Die nationalen Behörden der Grenzstaaten können in Krisensituationen die Unterstützung von Behörden anderer Mitgliedstaaten anfordern.“

„Die Grenzstaaten werden außerdem ermächtigt, zur Wahrnehmung des Grenzschutzes technische und personelle Unterstützung ihrer Streitkräfte (Militär) heranzuziehen“ (S16)

- *Bundesdeutsche Polizei oder gar Militär zum Grenzschutz in Österreich??? Wie steht es um die Souveränität der anderen Staaten?*

Schleuserboote, Rettung aus Lebensgefahr: „dürfen unter keinen Umständen die Einreise der Migranten nach Europa zur Folge haben.“ (S.17)

- *„unter keinen Umständen“? Was bedeutet das?*

„Mit dem wirksamen Schutz seiner Außengrenze findet die Konstituierung und Abgrenzung des europäischen Pols in der multipolaren Weltordnung einen sichtbaren und spürbaren Ausdruck. Er macht unmissverständlich klar: Hier beginnt Europa und hier entscheidet Europa, wer Zugang erhält.“(S17)

Künftige Rolle EU: Unterstützung der Mitgliedsstaaten, Rückführung und Hilfe vor Ort
Praxis von Frontex = indirekte Hilfeleistung für Schleuserbanden; das ist abzulehnen

- *Die Arbeit von Frontex als indirekten Hilfeleistung zu bezeichnen, spottet jeder Beschreibung und zeigt, wie weit die AfD bereit wäre zu gehen: Frontex hat einen sehr harten Kurs gegen Migrant_innen gefahren, hat illegale Pushbacks zugelassen, der ehemalige Frontex-Chef kandidiert nun in der Le-Pen-Partei für das EU-Parlament.
Die Propaganda gegen Geflüchtete zeigt sich im März 2018 in einem Redebeitrag von Jan Nolte, AfD: „Wie kommt man eigentlich darauf, dass man Migration eindämmen kann, indem man*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Menschen, die sich mit dem Ziel Europa ins Boot setzen, nach Europa fährt?“ Damit negiert er vollkommen die Not der Menschen, die nicht ohne Grund ihre Heimat verlassen, und verhöhnt die Bemühungen, das Sterben im Mittelmeer zu beenden.

Rückführung und Hilfe vor Ort

Entwicklungshilfe, Visa, Zugang zum europ. Arbeitsmarkt und Marktzugang in EU: nur noch für Länder, „die ausreisepflichtigen Personen zurücknehmen“.

- *Die Bundesregierung hat das Amt als Sonderbeauftragter für Migrationsabkommen geschaffen, am 01.02. tritt Joachim Stamp (FDP/NRW) an. „Wer in Deutschland arbeiten will, muss faire Chancen haben.“ Straftäter und Gefährder müssen abgeschoben werden. – Ziel der neuen Aktion ist es, „praxistaugliche und partnerschaftliche Vereinbarungen mit wesentlichen Herkunftsländern“ zu etablieren. Denn ein Problem mit der Abschiebung ist, dass die Herkunftsländer straffällige Staatsbürger nicht „zurücknehmen“ wollen. Ein weiterer Grund gegen Abschiebung ist, dass viele Migrant_innen staatenlos sind.*

Remigration statt Talentabwerbung (S17)

„Brain Drain“ beenden

„Schutz vor Kriegsfolgen nur für deren Dauer zu gewähren und darf nicht zu dauerhafter Einwanderung führen“

Grenzschutz ist Bürgerschutz (S17)

„Zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität über unsere Grenzen ist ..eine Notifizierung der deutschen Binnengrenze bei der EU-Kommission erforderlich „(S.17)
Damit wird eine EU- Binnengrenze (z.B. die Grenzen Deutschland) rechtlich zur Außengrenze

grenznahe Gewahrsamszentren, „unberechtigte Personen gar nicht erst einreisen lassen“ (S.17)

EU-Freizügigkeit: Privilegien zurückfahren - Missbrauch beenden (S 18)

Massive Wanderungsbewegungen innerhalb der EU, von arm nach reich.

„Armutswanderung in die nationalen Sozialsysteme auch auf EU-Ebene konsequenter als bisher“ unterbinden : Kriterien für Arbeitnehmerfreizügigkeit verschärfen.

- *Das stellt eine Abkehr vom EU- Binnenmarkt dar; dieser umfasst den Zugang zu Waren, Dienstleistungen, Arbeitsplätzen, Geschäftsmöglichkeiten und Kultur. Zu der Freizügigkeit der Arbeitnehmer gehört das Recht, sich frei zu bewegen und niederzulassen, das Zuzugs- und Aufenthaltsrecht für Familienmitglieder und das Recht in einem anderen Mitgliedstaat der EU zu arbeiten und ebenso wie die Staatsangehörigen des*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Mitgliedsstaates behandelt zu werden.

- *Ohne die Arbeitskräfte aus anderen EU-Mitgliedsstaaten würde die deutsche Wirtschaft nicht funktionieren: 2022 arbeiteten insgesamt 2,8 Mio. Bürger_innen aus anderen EU-Staaten in Deutschland. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hält langfristig eine Nettozuwanderung von mind. 400.000 Personen im Jahr für notwendig,*
- *Laut einer Umfrage der DIHK hatten 2022 mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen.
Stand Dez 2021 lebten 2,65 Mio. Bürger_innen anderer EU-Staaten in Deutschland; die Beschäftigungsquote lag bei 60,3 % (Gesamtbevölkerung: 68,9%), Arbeitslos waren 7 % /Gesamtbevölkerung: 5,9%); die „Harzt IV“-Quote lag bei 9,5% (Gesamtbevölkerung: 8%).(Mediendienst Integration)
EU-Bürger_innen können Anspruch auf Bürgergeld haben, wenn sie min. 5 Jahre lang ihren „gewöhnlichen Aufenthalt“ in Deutschland hatten
Das zeigt, dass EU-Bürger_innen in Deutschland nur in einem geringen Maße stärker von Arbeitslosigkeit und Hartz IV betroffen sind als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dabei murr bedacht werden, dass in vielen Familie aus anderen EU-Staaten in Deutschland deutlich mehr Kinder leben als im Bevölkerungsdurchschnitt.(Konrad Adenauer Stiftung, Drei Kinder und mehr)*

Ausnahme: Westbalkan – privilegierte Partnerschaft, aber keine Aufnahme in die EU (S.18)

Verteidigung gegen Migration als Mittel der hybriden Kriegsführung

Migrationsbewegung als Mittel der politischen Erpressung – Staaten, die Drehkreuze werden: Visumpflicht für Einreise in die EU (S 18)

- *Unklar – Geht es gegen die Türkei? Belarus?*

Kontrolle statt Menschenhandel

Schlepperbanden werden von NGO unterstützt,

“Dieses Geschäftsmodell führt dazu, dass Menschen ihr Leben bei der gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer riskieren. Die AfD setzt sich für eine konsequente Bekämpfung dieser menschenfeindlichen Aktivitäten ein“ (S.18)

Arbeit der NGO: „schwere Straftat“

Illegale Einreise übers Mittelmeer darf nicht zu Bleiberecht in Europa führen

- *Die AfD möchte Seenotrettung kriminalisieren*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Qualifizierte Einreise nach japanischem Vorbild

„Rückgewinnungsprogramm für auslandsdeutsche Leistungsträger“ (S.19)

- *In Japan ist der Fachkräftemangel aufgrund einer stark alternden Gesellschaft enorm. Mehrere Regierungen haben erfolglos versucht, junge Familien zu mehr Geburten zu ermutigen. Auch Strategien zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit haben das Problem nicht gelöst. Ein sehr reguliertes Einwanderungsprogramm für ausgewählte Fachkräfte hat statt der erhofften 345.000 Neuankömmlingen in den ersten 5 Jahren lediglich 36.000 Menschen nach Japan geführt. (DW- Hightech und Einwanderung)*

Einsatz von KI und Robotik = Produktivitätssteigerung

- *In Japan: Test von Einsatz von Robotern in Pflege und Gastronomie*

Vorrang für einheimische Potenziale - Punktesystem für die Auswahl außereuropäischer Fachkräften

hochqualifizierte außereuropäische Bewerber – „Blaue Karte“ der EU – vor allem MINT

4. Geld- und Währungspolitik (Seite 19 – 22)

„ Der Euro ist gescheitert“

„ Wir erleben vertragswidrige Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen, Verschuldung auf Ebene der EU, verbotene Staatsfinanzierung.....- alles weitgehend zu Lasten Deutschlands“

„Nur durch nationale Währungen erlangt jeder Staat wieder seine Souveränität über seine Wirtschafts- und Währungspolitik zurück.“

„Eine neue Deutsche Mark könnte ihre höhere Kaufkraft gegenüber anderen Ländern wiedergewinnen.“

- *nicht erwähnt werden die Leistungen, die Deutschland von der EU erhält*
- *Austritt aus der EU würde für Deutschland das Verlassen des Euroraumes bedeuten verbunden mit zu erwartender Misstrauenspolitik bei den westlichen und östlichen Nachbarn hohe Umstellungskosten bei der Wiedereinführung der DM Reputation einer autonom agierenden Deutschen Bundesbank fraglich – Kosten von Krediten? Wirtschaftlichen Vorteile des grenzenlosen Warenhandels , der Arbeitnehmerfreizügigkeit und des freien Kapitalverkehrs wären tangiert, zumal Deutschland auf den Außenhandel fixiert ist.*

„Keine Schuldenaufnahme durch die EU – Rettungskredite nur auf nationaler Ebene und nur für nationale Investitionen“

„Beendigung der vertragswidrigen und planwirtschaftlichen Politik von EZB und EU-Kommission“

- *Nach EU-Recht ist es Aufgabe der EZB durch die Währungspolitik eine stabile Währung mit stabilen Preisen zu gewährleisten. Im Rahmen des europäischen Rettungsschirms gab es die Ankündigung, notfalls auf dem sogenannten Sekundärmarkt Staatsanleihen von Krisenstaaten anzukaufen. (OMT)*
- *Auf entsprechende Verfassungsbeschwerden entschied das BVerfG zunächst, dass ein solches Vorgehen der EZB die rechtlichen Möglichkeiten überschreite. Die Sache wurde dem EuGH zur Entscheidung vorgelegt. Der beschied, dass das OMT-Programm nicht gegen EU-Recht verstoße. Das BverG entschied darauf, dass nationale Gerichte an die Auslegung des EuGH gebunden seien.*

„ Keine deutsche Haftung für ausländische Banken“

„ Mit der Europäischen Bankenunion würden auch die bisher kommunal verankerten deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen“

- *Ausgangspunkt für die europäische Bankenunion waren die Bankenpleiten in den USA*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- *die europäische Bankenunion betrifft nur etwa 120 der rund 6000 Banken in der Eurozone. Der Rest (Banken mit einer Bilanzsumme von weniger als 30 Milliarden Euro) wird weiter von den nationalen Aufsichtsbehörden kontrolliert.*

5) Die wirtschafts- und sozialpolitische Souveränität der EU-Staaten wahren (S.22 -25)

Die AfD strebt eine neue Europäische Wirtschaftsgemeinschaft souveräner Nationalstaaten an, deren Zusammenarbeit auf Wohlstandsmehrung innerhalb eines gemeinsamen Marktes ausgerichtet ist. Zurzeit verfolgt die EU mit ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen jedoch nicht nur eine ökonomische, sondern eine ideologisch motivierte Agenda, die Ziele wie Klimaretterung, Euro-Rettung, Russland-Sanktionen und die Aufnahme der Westbalkan-Staaten umfasst.

- *Die europapolitische Agenda der AfD kann ebenso als ideologische motiviert bezeichnet werden, die Ziele wie Stärkung der Nationalstaatlichkeit, Leugnung des Klimawandels, Abschaffung einer gemeinsamen europäischen Währung, Akzeptanz russischer Expansion sowie Abschottung nach außen umfasst.*

Da die EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft und ihrer geschichtlich gewachsenen sozioökonomischen Wertesysteme heterogen sind, verletzen Mehrheitsentscheidungen vielfach berechnigte wirtschaftliche Einzelinteressen der Mitgliedstaaten.

- *Dies ist ein grundlegendes demokratisches Prinzip. Auch innerhalb von Nationalstaaten verletzen Mehrheitsentscheidungen vielfach die wirtschaftlichen Einzelinteressen der sie ausmachenden Individuen, Firmen, Parteien...*

Überdies führen solche Entscheidungen häufig zur Umverteilung von Wohlstand zwischen den Staaten.

- *Hier bleibt unbeachtet, dass durch die Umverteilung ein Teil der so geschaffenen Nachfrage direkt oder mittelfristig nach Deutschland zurückfließt, z.B. durch den Kauf deutscher Autos. Zudem profitiert der deutsche Verbraucher von europäischen Subventionen im z.B. Agrarbereich durch den kostengünstigen Erwerb bestimmter Produkte, z.B. Tomaten aus Spanien, Oliven aus Italien...*

Ein Beispiel für zwischenstaatliche Umverteilung ist der 750 Milliarden Euro schwere „NextGenerationEU“-Fonds, aus dem 390 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse an EU-Mitgliedsländer gewährt werden sollen. Diese angebliche Wiederaufbaukapazität nach der Pandemie ist zudem EU-rechtswidrig durch Schuldenaufnahme der EU-Kommission vorfinanziert worden. Art. 311 AEUV verbietet eine Schuldenaufnahme der Kommission ausdrücklich. Wie immer trägt auch hier der deutsche Steuerzahler die Hauptlast dieser

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Umverteilung, welche über die nach Wirtschaftskraft gestaffelten EU-Beiträge der Mitgliedstaaten erfolgt.

- *Deutschland profitiert von den Ausgleichszahlungen innerhalb der EU durch politische Stabilität, freien Personenverkehr, einen Binnenmarkt ohne Strafzölle und Sanktionen sowie dem Euro als Leitwährung. Ohne diese Parameter hätte die deutsche Wirtschaft es deutlich schwerer.*

Wettbewerb statt Bürokratie

Die AfD sieht den Zweck eines Europäischen Verbundes souveräner Nationalstaaten primär darin, den Rahmen gemeinschaftlichen, europäischen Wirtschaftens zu gestalten und für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Wettbewerb ist eine Grundvoraussetzung für technischen Fortschritt, günstige Verbraucherpreise und die Tragfähigkeit unserer Sozialsysteme. Wirtschaftliche Risiken hat grundsätzlich der Investor zu tragen, nicht der Staat und damit letztlich der Steuerzahler. Zentralistische Eingriffe, die einer Enteignung gleichkommen, lehnen wir ab.

- *Wer hat das wo in welchem Umfang vor? Oder handelt es sich um eine nicht legitimierte unbewiesene Aussage, um die EU zu diskreditieren?*

Die AfD bekennt sich ausdrücklich zum Freihandel. Wir streben interessengeleitete Handelsabkommen an, die für die Vertragspartner Einfuhrerleichterungen und Zollbefreiungen vorsehen. Solche partnerschaftlichen Handelsabkommen helfen, die wirtschaftliche Entwicklung – z. B. in den Ländern Afrikas – voranzutreiben. Seinen wirtschaftlichen Erfolg verdankte Deutschland bisher der Kreativität seiner Erfinder und Ingenieure sowie den mutigen Unternehmern, die in Know-how und Produktionsstätten investiert haben.

Durch die zunehmend weiter ausgelegten Kompetenzen der EU kommt es immer häufiger zu parallelen Gesetzgebungsverfahren auf nationaler und europäischer Ebene mit Verdrängungswirkung des nationalen Rechts. Dies hat zur Folge, dass Unternehmen ihre internen Verfahren bereits nach wenigen Jahren umstellen müssen, da nationale Regelungen von europäischen Regelungen abgelöst werden. Die AfD fordert die Überprüfung und Reduzierung der einschlägigen EU-Richtlinien, z. B. der EU-Vergaberichtlinie, der EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Kreditvergaberichtlinie, der Ökodesign-Richtlinie und der Dokumentationspflichten gerade für kleine und mittelständische Unternehmen.

Eine Wettbewerbsverzerrung stellt auch das Anfang 2023 in Kraft getretene Lieferkettengesetz dar, das die AfD von Beginn an mit Verweis auf die vorrangige Zuständigkeit der EU-Staaten bei der Durchsetzung sozialer Standards bekämpft hat. Im internationalen Wettbewerb werden EU-Firmen durch diese Regelung benachteiligt, weil nur ihnen zusätzliche Sozial- und Umweltstandards aufgebürdet werden.

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- *Logische Konsequenz: weiter mit Kinderarbeit, Ausbeutung, Naturzerstörung...Hauptsache uns geht es gut. Sagt viel über das Menschenbild der AfD.*

Wertschöpfung erhalten, Schlüsseltechnologien fördern

Eine wichtige Voraussetzung für Innovation ist Technologieoffenheit. Die AfD stellt sich deshalb mit allen ihr zur Verfügung stehenden politischen Mitteln gegen das beschlossene EU-Verbot von Verbrennungsmotoren.

- *Ist hier eine Technologieoffenheit gemeint, die auf veraltete fossile Antriebsmotoren (Benziner) setzt, statt mit erneuerbaren Energien Mensch, Klima und Natur zu schützen. Technologieoffenheit und das Festhalten am Verbrenner widersprechen sich.*

Europäische Automobilunternehmen und -zulieferer erleiden hierdurch einen erheblichen Wettbewerbsnachteil auf internationaler Ebene.

- *Der Drops ist längst gelutscht!*
„Der Ford-Chef bestätigte, dass der Übergang zu Elektroautos aus Sicht des Konzerns unausweichlich sei.“
(www.autoblid.de)
„Auch US-Riese General Motors kündigte ebenfalls an, ab 2035 nur noch emissionsfreie Autos verkaufen zu wollen.“
(ebd.)
- *Fiat will 2027 reine Elektromarke sein*
- *Mini fährt ab 2030 elektrisch*
- *Opel fährt ab 2028 rein elektrisch*
- *BMW: Elektro, Brennzelle, E-Fuels, keine Verbrenner mehr*
- *Mercedes fokussiert auf Elektro*
- *Oliver Blume (Vorstandschef VW) sieht die „Elektromobilität als die richtige Technologie. Sie wird den Verbrennungsmotoren in kurzer Zeit überlegen sein.“ Blume warnt davor, das geplante Verbrenner-Aus ab 2035 in Frage zu stellen und hat dabei den einflussreichen VW-Betriebsrat hinter sich. (Tagesschau, 13.03.2024)*

Wir betrachten Subventionen grundsätzlich kritisch.

Die deutsche Wirtschaft profitiert in hohem Maße von Subventionen, z.B. im Agrarbereich. Ist die AfD hier auch für die Abschaffung von Subventionen für Landwirte? (Dieselbesteuerung) Und hat sie das den Landwirten mitgeteilt? Und was ist mit den Parteifinanzierungen?

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Streng genommen handelt es sich auch hier um staatliche Subventionen.

Qualitätsstandards sichern

Nationale und regionale Qualitätsstandards und Herkunftsangaben sind zu schützen, dazu zählen Gütesiegel wie „Made in Germany“. Deutsche Ausbildungsstandards dürfen nicht abgesenkt werden.

- *Wer hat das vor? Die Standards müssen im Gegenteil dringend angehoben werden, wollen wir weiterhin im internationalen Wettbewerb mithalten können → Pisa. Deutschland hat einen Nachholbedarf und keinen Grund sich auf ein hohes Ross zu setzen.*

Die Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen muss durch Ablegen einer Prüfung am Arbeitsort nach den dort geltenden nationalen Standards nachgewiesen werden.

- *Ein Realitätsabgleich belegt, von deutschen Wirtschaftsverbänden ebenso benannt, dass dem Fachkräftemangel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden muss, soll die Wirtschaft nicht noch größeren Schaden nehmen. Hier sollte zweigleisig vorgegangen werden. Auf der einen Seite das viel zu häufige Scheitern deutscher Schulkarrieren verhindern und andererseits arbeitssuchenden Menschen jeglicher Herkunft eine Zukunft anzubieten.*

Investitionssteuerung durch den Markt statt durch EU-Taxonomien

Derzeit gibt es in der EU Bestrebungen, im Rahmen der sogenannten Taxonomie eine zentral gelenkte Investitionssteuerung aus ideologischer Motivation heraus zu verstärken, so z. B. im Fall sogenannter „Grüner Technologien“. Den Green Deal der EU lehnen wir ab.

Bei Investitionsentscheidungen in privaten Unternehmen haften diese selbst für die Folgen von Fehlentscheidungen. Bei öffentlichen Investitionen haften jedoch nicht die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger...

- *Wären die politischen Entscheidungsträger haftbar, käme es zu keinen öffentlichen Investitionen mehr, bzw. gar nicht erst zu Entscheidungen hierüber.)*

..., sondern die Steuerzahler.

- *Dieser Satz stimmt so nicht. Im Finanzwesen hat der Staat private Banken gestützt. (Weltfinanzkrise 2007/2008)*
- *Das gleiche gilt für die Corona-Hilfen, die sowohl privaten, als auch staatlichen Unternehmen zur Verfügung gestellt*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

wurden. Weiter Beispiele: Agrarwirtschaft, Atomwirtschaft, Kohlebergbau....

Unternehmerische Sorgfalt ist ein besserer Ratgeber als politische Ideologie.

- *Leere Phrase! Unternehmerische Sorgfalt gilt wem?*
 - o *Der eigenen Gewinnmaximierung?*
 - o *Dem Gemeinwohl?*
 - o *Den Mitarbeitenden?*
- *Politische Ideologie meint was?*
- *Abschottung nach außen?*
- *Wohlstand auf Kosten anderer?*
- *Ausbeutung von Natur und Umwelt?*
- *Verschiebung von Risiken in die Zukunft (Atomkraft, Klimawandel)?*

Planwirtschaftliche Markteingriffe mit Subventionen nach Maßgabe einer „sozialökologischen Transformation“ und das Verbot erfolgreicher Industriezweige stellen eine enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten dar.

- *Wann sind Subventionen „planwirtschaftliche“ Eingriffe, wann nicht? Was ist mit den „deutschen“ Bauern? Sind die hier fließenden Subventionen (übrigens auch aus EU-Kassen) planwirtschaftlich oder nicht?*
- *Was meint „sozialökologische Transformation“?*
- *Welche erfolgreichen Industriezweige sollen verboten werden?*
- *Atomkraft?--> Profitiert haben hier die Konzerne, die Kosten (Endlagerung) trägt der Steuerzahler*
- *Agrarwirtschaft?--> Hier profitiert die industriell angelegte Landwirtschaft auf Kosten von Böden, Grundwasser, Tierwohl...*
- *Womit soll „Versorgungssicherheit“ nach Ansicht der AfD hergestellt werden und welche Bereiche sind gemeint?*
- *Energie?--> mit Abhängigkeit von Russland oder die Risikoenergie Atomkraft?*
- *Ernährung? --> In welcher Hinsicht ist die gefährdet?*

Fazit: Viele Floskeln, wenig Konkretes, angstschürende Formulierungen (enorme Gefahr, Verbot, Planwirtschaft...)

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Zuwanderung von Arbeitskräften

Innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsraums kann die Mobilität von Arbeitskräften wertvoll sein. Die Zuwanderung von Arbeitskräften muss sich aber immer am jeweiligen nationalen oder sogar regionalen Arbeitsmarkt orientieren. Andernfalls besteht die Gefahr von Lohndumping und der damit verbundenen Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte.

- *Haben wir es nicht viel eher mit dem Problem zu tun, dass einheimische Arbeitnehmer bestimmte, gering entlohnte Tätigkeiten (Erntearbeit, Gastronomie, Reinigung, Schlachtbetriebe) nicht übernehmen wollen und wir auf Menschen angewiesen sind, die dazu bereit sind? Hier kommt es nicht zur Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte, sondern viel häufiger zur Ausbeutung zugewanderter Arbeitskräfte.*
- *Ausländische EU-Arbeitnehmer sind in den Mitgliedstaaten, in denen sie Beschäftigung finden, genauso zu entlohnen und müssen den gleichen gesetzlichen Regelungen unterliegen wie inländische Arbeitnehmer.*
- *D.h. sie sind u.a. kindergeldberechtigt!!! (s. Kapitel Familienpolitik)*

Nicht zuletzt wird so auch eine stärker qualifikationsbezogene Zuwanderung von Arbeitskräften befördert.

- *Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend. Allerdings verlangt die AfD wirkungsvolle Kontrollen zu ihrer Einhaltung, damit der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen auch tatsächlich unterbleibt.*

Niederlassungsfreiheit

Die Freiheit von Selbständigen und Unternehmern innerhalb der EU begrüßen wir grundsätzlich. Aber sie darf nicht dazu missbraucht werden, sich durch Scheinselbständigkeit Ansprüche auf Sozialleistungen zu erschleichen.

Die EU-Dienstleistungsfreiheit führt insbesondere im Transportgewerbe zu einer Umgehung von Mindestlöhnen, Steuern und Sozialabgaben. Dies schädigt den Sozialstaat.

- *Dies schädigt in erster Linie die betroffenen ArbeitnehmerInnen und hier gibt es sicher dringenden Handlungsbedarf.*

Lohn- und Sozialdumping wollen wir deshalb beenden.

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

EU und Sozialpolitik

Die AfD steht für eine gerechte und faire Sozialpolitik, die durch eine nachhaltige, generationengerechte Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme sowie eine verlässliche soziale Absicherung für Rentner, Arbeitslose und Arbeitnehmer im unteren Lohn- oder Gehaltssegment gewährleistet werden muss.

- *Das würden sicherlich auch die anderen im Bundestag vertretenen Parteien unterschreiben. Die Frage ist ja wohl die nach der konkreten Ausgestaltung.*

Da die vertraglich geregelten Kompetenzen der EU auf Unterstützung und Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten beschränkt sind, liegen Verantwortung und Gestaltungskompetenz für die Sozialpolitik weiterhin bei den Mitgliedstaaten. Ihnen obliegt es, ihr nationales Sozialsystem an ihren eigenen Werten auszurichten und nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auszugestalten.

Diese Gestaltungskompetenz der Mitgliedstaaten und die zwischen den Mitgliedstaaten nach wie vor bestehenden sozioökonomischen Unterschiede schaffen Anreize zur Migration in Staaten mit einem höheren Niveau an Sozialleistungen. Dies führt zum Zielkonflikt zwischen den nationalstaatlichen Interessen einer Begrenzung des Bezugs von Sozialleistungen auf die eigenen Bürger und dem Ziel der Freizügigkeit innerhalb der EU. Die AfD tritt dafür ein, dass in diesem Zielkonflikt die Ausübung der Freizügigkeit der EU-Bürger ausgeschlossen wird, wenn sie vornehmlich dem Zweck des Bezugs von Sozialleistungen in Deutschland dient.

- *Die aktuell geltende Gesetzgebung gestattet den Bezug von Sozialleistungen (z.B. Wohngeld, Kindergeld) nur, wenn ein EU-Bürger in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, bzw. war. Hier rennt die AfD also offene Türen ein. Allerdings gibt es in der tatsächlichen Umsetzung Probleme, da einige Städte und Kommunen, so auch die Stadt Osnabrück, hiervon abweichend handeln und auch EU-Bürgern Sozialleistungen zukommen lassen, die nicht in der Lage sind ihren Lebensunterhalt selbständig zu sichern.*

Sozialleistungen für EU-Ausländer

Bevor EU-Ausländer im Sozialrecht mit Deutschen gleichgestellt werden, soll bei Bedürftigkeit der jeweilige Herkunftsstaat zuständig bleiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ausländer aus EU-Staaten erst dann Sozialleistungen in Deutschland erhalten, wenn sie zehn Jahre im Inland Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben und in dieser Zeit ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe bestritten haben.

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- *Was für eine grandiose Ungleichbehandlung!!! Gilt das dann auch für deutsche Staatsbürger, die z.B. in der Schweiz, den Niederlanden oder Dänemark leben und/oder arbeiten?*

Keine europäische Sozialunion

Die sozialen Sicherungssysteme der verschiedenen EU-Länder sind höchst unterschiedlich geregelt. Gleiches gilt für die Arbeitsmärkte. Diese Vielfalt wollen wir im Sinne des Wettbewerbs der Systeme innerhalb der EU erhalten.

- *„Gemäß Artikel 152 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union anerkennt und fördert die Union die Rolle der Sozialpartner auf Eben der Union unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der nationalen Systeme.“ (Europäische Säule sozialer Rechte, 2017). Die EU hat also nicht das Ziel die nationalen Unterschiede zu missachten, bzw. die Vielfalt in Frage zu stellen.*

Wir befürworten ein koordinierendes Sozialrecht samt Sozialabkommen, wonach in anderen EU-Mitgliedstaaten erworbene Sozialversicherungsansprüche auf das Sozialversicherungssystem im Herkunftsland übertragen werden können.

Jegliche Versuche der EU, Mindeststandards in den EU-Mitgliedstaaten einzuführen, betrachten wir als Verstöße gegen die Europäischen Verträge. Die EU-Sozialcharta halten wir für überflüssig.

Die AfD lehnt alle Versuche ab, die in den Verträgen festgelegte Gestaltungskompetenz der Mitgliedstaaten für die Sozialpolitik mithilfe von Deklarationen (z. B. „Europäische Säule sozialer Rechte“)

- *Die Deklaration umfasst ohne Präambel 11 Seiten, ist in drei Kapitel unterteilt (Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, Faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und soziale Inklusion), schnell heruntergeladen oder ausgedruckt und kann direkt vor Ort diskutiert werden. Beim Lesen wird sehr schnell deutlich, dass mit der Deklaration nichts, aber auch gar nichts ausgehöhlt werden soll. Erneute Panikmache!!!*

auszuhöhlen und auf diesem Wege neue Zuständigkeiten der EU-Institutionen zu schaffen. Keinesfalls darf es zu einer Vereinheitlichung von Sozialsystemen kommen

- *s. erster Absatz,*

da dies die Gefahr birgt, dass inländische Arbeitnehmer für die Versicherung der Arbeitnehmer in anderen EU-Staaten Beiträge entrichten müssen

- *Angst- und Panikmache!!!*

Eine derartige Umverteilungsunion widerspricht dem Geist des Vertrags von Lissabon. Dies gilt insbesondere für die bereits ins Auge gefasste europäische Arbeitslosenversicherung.

AfD-EU-Wahlprogramm
Zitate und Bemerkungen

6. Steuern und Finanzen (26-28)

Es wird für sinnvoll gehalten „ sich international darauf zu verständigen, dass die Steuerlast (international tätiger Großkonzerne) , die man einem Konzern auf nationaler Ebene auferlegt, vorrangig anhand des Anteils der wirtschaftlichen Aktivität des Konzerns im steuererhebenden Staat berechnet werden sollte.“

„ Die AfD lehnt jede Art von EU-Steuern ab“

- *Steuerhoheit liegt weitgehend in den Händen der Mitgliedsstaaten. Sie haben sich die ausschließliche Kompetenz im Bereich Steuern vorbehalten. Begrenzte Kompetenzen der EU gibt es nur bei einstimmiger Zustimmung aller EU-Länder.*

„Eine Harmonisierung der europäischen Verbrauchssteuern lehnen wir ab.“

„ Die AfD strebt eine Reform des EU-Vergaberechts an. Ausschreibungen auf kommunaler bzw. nationaler Ebene sollten vorrangig an regionale bzw. nationale Anbieter vergeben werden können.“

- *Widerspricht dem europäischen Gedanken und liegt auch sicher nicht im Interesse deutscher Unternehmen.*

7) Außenpolitik (Seite 28-30)

Deutschland und Europa im Wandel der internationalen Beziehungen

Stichworte und Aussagen der AfD (S. 28,29)

„souveränes Deutschland“, „Europa der Vaterländer“, „lehnen die zentralistischen Bestrebungen der EU entschieden ab“, „realpolitische Erfordernisse statt wirklichkeitsfremder Ideologien“, „Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei der Stabilisierung von Krisenregionen in Europa und seiner Peripherie muss weiterentwickelt werden“, Selbstbestimmungsrecht der Völker“, „Einhaltung des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten durch andere Mächte und nichtstaatliche Akteure“

- *Die AfD betont hier einmal mehr das Selbstbestimmungsrecht der Völker und fordert Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.*

Bündelung gemeinsamer europäischer Interessen

„Die AfD spricht sich dafür aus, in der Außenpolitik gesamteuropäische Interessen zu bündeln, ohne die Nationalstaaten in ihrer Souveränität, ihrer demokratischen Entscheidungsfindung und der Ausgestaltung ihrer Rechtsordnung einzuschränken. Eine rechtlich formalisierte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) lehnen wir ebenso ab wie einen gemeinsamen Europäischen Auswärtigen Dienst. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, die zwischenstaatliche Abstimmung unter den europäischen Partnerländern zu intensivieren und, wo möglich, gemeinschaftlich zu agieren.“

- *Die AfD möchte nur wo möglich mit den anderen EU Staaten gemeinsam agieren und betont, sich bei Ausgestaltung Rechtsordnung nicht einschränken lassen zu wollen. Die GASP wird abgelehnt. GASP bezeichnet einen im Vertrag über die Europäische Union (EUV) vereinbarten Kooperationsmechanismus zwischen den EU-Mitgliedsländern mit dem Ziel, schrittweise zu einer gemeinsamen Außenpolitik und Sicherheitspolitik zu gelangen. ... Außerdem wird die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten in diesem Politikfeld systematisch ausgebaut. Darüber hinaus werden internationale Übereinkünfte mit Drittländern und internationalen Organisationen abgeschlossen. (Quelle: Bundeszentrale für Politische Bildung)*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

USA (S. 29)

„Wir wollen eine Partnerschaft mit den USA auf Augenhöhe.

Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Austauschs.

Die geopolitischen und ökonomischen Interessen der USA unterscheiden sich jedoch in zunehmendem Maße von denen Deutschlands und anderer europäischer Staaten. Ein Beispiel dafür ist die Energieversorgung, so etwa der massive Versuch der USA, die Inbetriebnahme der Nord-Stream-Ferngasleitung zu verhindern. Deutschland darf sich nicht ...in Konflikte hineinziehen lassen.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA zwingt Deutschland dazu, seine Interessen eigenständig zu formulieren. Dies sollte in enger Abstimmung mit anderen europäischen Staaten erfolgen.“

- *Offensichtlich will die AfD sich aus dem Bündnis zurückziehen, also auch aus der NATO. Dieses Thema ist in der Tat strittig. Aber wie sähe eine Alternative aus? Da die AfD an allen Stellen Souveränität Deutschlands und Nichteinmischung anderer Staaten fordert, ist es fraglich, wie eine „enge Abstimmung“ konkret aussehen soll.*

Russland (S.29)

„...ergibt sich die Notwendigkeit, mit diplomatischen Mitteln auf eine Beendigung des Krieges hinzuwirken und so auch für friedliche deutsch-russische Beziehungen zu sorgen...

...sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie Instandsetzung der Nord-Stream-Leitungen.“

- *Russlands illegaler und unprovoked Einmarsch in die Ukraine ist nicht nur ein Angriff auf die territoriale Integrität des Landes, sondern stellt auch eine große Gefahr für die Sicherheit und Stabilität ganz Europas dar. Es ist auch ein Angriff auf die grundlegenden Werte, für die die EU steht, wie Freiheit und Demokratie. Im März 2022 verabschiedete die EU ihren [Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung](#), in dem sie feststellte, dass Russland „eine langfristige und direkte Bedrohung für die europäische Sicherheit“ darstellt.*
- *Eine weitere Quelle von Spannungen sind Russlands [Desinformationskampagnen](#) und Cyberangriffe sowie die Versuche, in westliche demokratische Prozesse einzugreifen.*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 forderten die Abgeordneten die EU auf, ihre Energieunabhängigkeit durch eine Diversifizierung der Energieeinkäufe und Investitionen in Energie aus erneuerbaren Quellen zu stärken. Außerdem forderten sie ein vollständiges Embargo für russische Importe von Öl, Kohle, Kernbrennstoffen und Gas. Die daraufhin von der EU verhängten Sanktionen umfassten Maßnahmen wie ein Verbot der Einfuhr von Öl und Kohle aus Russland sowie die Einführung einer Preisobergrenze für russisches Rohöl, das auf dem Seeweg befördert wird.
- In einer im Februar 2024 angenommenen Entschließung warnte das Parlament vor gewählten Politikern und Parteien in Europa, die wesentlich Moskaus Interessen dienen und damit die Einheit und Demokratie der EU untergraben. Die Abgeordneten äußerten sich besorgt darüber, dass Russland rechtsextremen Parteien und Akteuren in der EU Narrative liefert, um die Unterstützung für die Ukraine zu untergraben.“

Quelle: Europäisches Parlament; Auswärtige
Angelegenheiten

China (S. 29)

„Die AfD setzt sich für eine offensive Beteiligung Deutschlands an dem Projekt „Neue Seidenstraße“ ein

„Für den chinesischen Präsidenten Xi Jinping ist die Neue Seidenstraße ein Prestigeprojekt, das er am 7. September 2013 erstmals persönlich vorstellte. Es geht um eine Handelsroute quer durch die ganze Welt, nach Afrika, Südamerika, Südostasien und die Arktis. Es folgten Investitionen in Infrastrukturprojekte: in Häfen, Staudämme, Pipelines, Autobahnen und Eisenbahnlinien.

- Vor allem in demokratisch regierten Staaten wächst die Kritik: China nutzte die Infrastrukturprojekte, um Partner zu gewinnen und seinen geopolitischen Einfluss auszubauen. Hinzu kommt, dass sich viele Projektstaaten hoch verschuldet und dadurch von China abhängig gemacht haben. Eine Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) zeigte im März, dass mittlerweile 60 Prozent aller chinesischen Auslandskredite von einem Zahlungsausfall bedroht sind. Um Ausfälle zu verhindern, vergibt China Rettungskredite.
- Was für die Empfängerländer im ersten Moment lukrativ erschienen sei, richte auf lange Sicht große Schäden an, sagt der Journalist Philipp Mattheis Das Geld aus China komme

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

ohne große Auflagen. Doch es komme auch ohne Umweltauflagen und Sozialstandards.

- *Ein mögliches Unbehagen aus westlicher Sicht gegenüber der chinesischen Machtausweitung hält Philipp Mattheis für berechtigt. Weil es ein autoritäres System ist mit Werten, die nicht unbedingt von der individuellen Freiheit getragen sind.*
- *Sowohl auf europäischer Seite als auch in der deutschen Chinastrategie ist Oertel (deutsche Politikwissenschaftlerin und Sinologin) zufolge festgehalten, dass einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten abgebaut werden sollen. China hingegen wolle einseitige Abhängigkeiten verstärken, weil das die Position des Landes im internationalen Handel verbessere. Wichtig sei deshalb, anzuerkennen, dass „unsere“ und die chinesischen Ziele nicht zusammenpassen, sagt Oertel.“*

(Quelle: Verblasst der Mythos; Deutschlandfunk 14.9.23)

Europäischer Nachbarraum (S. 51)

„Die Türkei ist für uns ein wichtiger strategischer und wirtschaftlicher Partner.

Allerdings lehnen wir die Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten mittels ideologischer oder finanzieller Förderung islamistischer Gruppen in Europa ab.

Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa.

Die AfD fordert den sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei.“

- ***Die Beitrittsverhandlungen werden vielfach kritisch gesehen.***

„PRO

Die Türkei gehört kulturell längst zu Europa (Fußball-EM etc.).

Die EU hat der Türkei einst einen EU-Beitritt zugesagt und sollte ihr Versprechen halten.

Stärkung/Beibehaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Türkei liegt im Interesse der EU.

Der Flüchtlingspakt mit der Türkei sollte bestehen bleiben..

CONTRA

Die Türkei ist geografisch und historisch gesehen kein europäisches Land.

Die EU ist schon derzeit mit den anstehenden Westbalkan-Erweiterungen überfordert.

Seit Jahrzehnten kommt es anhaltend zu Verletzungen der Menschenrechte und des Rechtsstaats.

Die Türkei verstößt in mehrerlei Hinsicht immer wieder gegen die Verträge.

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Innerhalb der eigenen türkischstämmigen Bevölkerung möchte die EU nicht Gefahr laufen, mit einer EU-Absage aggressive Elemente zu provozieren.

Auch eine innenpolitische Zuspitzung in der Türkei wäre zu befürchten, würde dem Land die EU-Perspektive genommen.

Die Opposition und demokratischen Kräfte im Land, die ihre Hoffnung in eine EU-Mitgliedschaft setzen, sollten weiterhin unterstützt werden.

Die Aufnahme der Türkei in die EU würde eine Brücke zur islamischen Welt schlagen und eine religionsübergreifende Wertegemeinschaft fördern.

Die EU bekäme weltpolitisch mehr Gewicht, die Gesamtbevölkerung der EU würde erheblich anwachsen.

Ein Beitritt der Türkei wäre insgesamt ein geostrategischer und sicherheitspolitischer Gewinn. Die Türkei soll damit auch in der NATO gehalten werden.

Der Zypern-Konflikt stellt eine große Hürde auf dem Weg in die EU dar.

Die türkische Wirtschaft entspricht nicht dem europäischen Standard.

Der Beitritt der Türkei wäre eine große finanzielle Belastung für die EU.

Das religiöse und kulturelle Wertesystem der Türkei weicht von jenem der EU zu sehr ab.

Mit der Türkei bekäme die EU schwierige Außengrenzen zum Iran, zu Syrien und den Kaukasusstaaten.

Es genügt, die Türkei zu einem „privilegierten Partner“ der EU mit Sonderrechten zu machen. „

(Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)

- *In der Mitschrift einer Rede **Cem Özdemirs vom 4.4.2019** sagt dieser:*
- *-Ich sage aber auch: Solange Erdogan Präsident der Türkei ist, solange müssen die Beitrittsverhandlungen genau dort bleiben, wo sie gegenwärtig sind, nämlich im Tiefkühlregal ganz hinten. Mit Erdogan wird diese Türkei ganz sicher nicht Mitglied der Europäischen Union werden können. Das weiß jeder hier im Haus – offensichtlich alle außer Ihnen.“*

Einwurf Stephan Brander AFD: *„Ohne Erdogan wird das auch nichts!“*

Özdemir: *„Was immer Ihr Anliegen ist: Es ist ganz sicherlich nicht das Anliegen, die Situation der Journalisten, der Frauen, der Christen, der Schwulen und der Lesben in der Türkei zu verbessern; denn genau diesen Menschen schlagen Sie die Tür vor der Nase zu. Damit erweisen Sie Erdogan übrigens den größtmöglichen Dienst.....Ihnen geht es darum, die Tür zu Europa für alle zuzumachen, die muslimischen Glaubens sind. Sie machen sich zum Handlanger Erdogans.“*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

*(Quelle:  Bündnis 90 Die Grünen Parlament
Bundestagsreden Cem Özdemir: EU-Beitrittsverhandlungen
mit der Türkei, 4.4.2019)*

10. Bauen und Wohnen (34-35)

„Obwohl die EU keine eigenständige Gesetzgebungskompetenz für die Bereiche Bauen und Wohnen besitzt, versucht sie, auf auf diesem Feld politischen Einfluss zu nehmen.“

„Die AfD kämpft gegen die Bestrebungen der EU, ab 2030 nur noch den Bau von sogenannten klimaneutralen Wohnhäusern zu erlauben“

- *Kein Interesse der AfD an sog. Erneuerbaren Energien*
- *menschengemachter Klimawandel wird negiert.*

„ Die Migrationspolitik der EU trägt maßgeblich dazu bei, dass auch in Deutschland der Wohnungsmarkt überlastet ist, die Mieten steigen und Einheimische verdrängt werden. Diese Politik muss umgehend beendet werden.“

- *Die Ursachen für Probleme, die tatsächlich vorhanden sind, werden nicht umfassend erörtert, sondern einseitig dem Lieblingsthema Migration zugeschrieben.*

11. Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tierwohl, Jagd, Umwelt- und Verbraucherschutz (Seiten 36-39)

„Unsere gewachsene Kulturlandschaft und die Umwelt werden durch einen immer weiter ausufernden und unerbittlichen EU-Zentralismus zunehmend gefährdet. Unter dem Deckmantel der sogenannten Klimaschutzpolitik richten sich Lobbyinteressen gegen eine vernunftgesteuerte und auf regionale Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Durch Implementierung des „Green Deal“ wird eine billionenschwere Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt, die zu Deindustrialisierung und Naturzerstörung führt. Das schadet Bürgern, Umwelt und Wirtschaft. Dabei wird das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedsländer – eine der wesentlichen Gründungsleitlinien der EU – weiter unterlaufen.

- *Beginnt gleich mit Denunzierung, die Redewendung „Deckmantel der sogenannten Klimaschutzpolitik“ soll unlautere Absichten suggerieren.*
- *„Lobbyinteressen“ = Schlagwort der Rechtsradikalen, klingt so, als wolle die EU absichtlich Natur und Wohlstand zerstören.*
- *Mit „Umverteilungsmaschinerie“ ist wahrscheinlich gemeint, dass es laut gemeinsamer Agrarpolitik (GAP) mehr Geld für sinnvolle Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen geben soll, dafür weniger einfach so pro Hektar. So erhalten kleine und mittelgroße Betriebe mehr Chancen. Die Ausschüttung pro Hektar (Direktzahlungen) hat vor allem den Großbetrieben geholfen, weshalb die kleineren oft nicht mehr zu halten waren.*
- *Die andere Möglichkeit wäre, dass sie Angst haben, dass Deutschland weniger wohlhabenden Ländern etwas vom eigenen Wohlstand abgeben muss, weil in der EU solche Ausgleichs vorgesehen sind.*

„Die EU hat es nicht geschafft, Landwirtschaft und Umweltschutz sinnvoll miteinander zu verbinden. Ideologisch getriebene Fehlanreize und Partikularinteressen verhindern eine nachhaltige Förderung der Forst- und Landwirtschaft sowie den Erhalt und den Schutz unserer Natur.“

- *Partikularinteressen sind Interessen, die wenige ohne Rücksicht auf das Interesse der Mehrheit durchsetzen wollen. Der Begriff steht im Gegensatz zu Gemeinwohlinteresse. Was die AfD unter Partikularinteressen fasst, wird später noch deutlich. Es handelt sich z.B. um Klimaschutzmaßnahmen und ökologische Landwirtschaft. Von beiden hält die AfD gar nichts. Diese als Partikularinteressen zu definieren richtet sich gegen das Interesse, Natur und Lebensgrundlagen zu erhalten.*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

„Die AfD kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und Selbstversorgung auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben. Dabei soll unsere Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Tierschutz die Versorgung der Verbraucher mit hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln sicherstellen. Deswegen fordern wir statt zentralistischer EU-Bürokratie eine auf regionale Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt-, Forst- und Landwirtschaftspolitik.“

- *Hier tut die AfD so, als wäre die Ernährungssicherheit in Deutschland ohne ihren Einfluss gefährdet. Den Klimawandel, der die Ernährungssicherheit in zumindest dem südlichen Teil Europas jetzt schon massiv gefährdet, leugnet sie jedoch permanent und negiert damit jegliche Maßnahmen.*
- *Sie fordert bezahlbare Lebensmittel, jedoch: Wenn man nicht gemeinsam, in der EU, Richtlinien überlegt, sind die Bauern bei uns nicht mehr konkurrenzfähig, z.B. wenn in anderen EU-Ländern der Naturschutz keine große Rolle spielt. Und es ist wichtig, dass der Umwelt- und Klimaschutz in möglichst vielen Ländern der Welt praktiziert wird. Die EU spielt da eine wichtige Rolle.*

Förderung von Landwirtschaft und ländlichem Raum

„Die strukturellen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft sind so zu gestalten, dass auch kleine und mittelgroße Betriebe langfristig erfolgreich wirtschaften können.“

- *Diese Betriebe werden von der EU finanziell bereits stärker berücksichtigt, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) wird jedoch von der AfD massiv abgelehnt.*

„Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken.“

- *Vor den Bauernprotesten haben sie das genannt: „Abbau der Subventionen, mehr Wettbewerb.“ Und genau das ist auch hier gemeint.*

„Eine sach- und leistungsgerechte Vergütung der Landwirte, Viehwirte und Nahrungsmittelproduzenten muss generationengerecht gesichert sein. Dies kann nur mit mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn – wie bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die wir ablehnen – geschehen.“

- *Zusammengefasst lässt sich sagen: Die GAP = Gemeinsame AgrarPolitik der EU hat ein Strategiekonzept entwickelt, in dem es Direktzahlungen an die Bauern gibt, bisher überwiegend über die Flächenzahl, aber zunehmend auch für viele **freiwillige** Leistungen zu Ökologie und Tierschutz.*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Auch Beiträge zum Klimaschutz werden honoriert. Das ist eine echte Chance für kleinere Betriebe!

- *Für alle die mehr wissen wollen, hier ein link zur GAP:
[https://www.bmel.de/DE/serviceseiten/kategorieliste/themen/themen-mode.html?pv=cl2Taxonomies Themen%3A1%20Flandwirtschaft%20Fgap](https://www.bmel.de/DE/serviceseiten/kategorieliste/themen/themen-mode.html?pv=cl2Taxonomies%20Themen%3A1%20Flandwirtschaft%20Fgap)*

„Wirksamer Pflanzenschutz muss auf der Basis einer professionellen Ausbildung, guter fachlicher Praxis und neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen. Wir sind uns bewusst, dass viele dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse durch eine grüne bauern- und technikfeindliche Stimmungsmache manipuliert sind. Den grünen Lobbyismus auf diesem Feld haben wir als Gefahr für unsere Bauern erkannt und werden ihm aktiv entgegenwirken. Auch hier ist dem national-regionalen Handlungsspielraum gegenüber einer zentralbürokratischen EU-Verwaltung Vorzug zu gewähren.“

- *Wieder Denunzierung, in der Manipulation vorgeworfen wird, wieder Lobbyismus als wirksames Schlagwort, „Gefahr für unsere Bauern“ - wir haben sie erkannt!(Angstmache und Rettungsversprechen) Ökologische Landwirtschaft wird konsequent abgelehnt. („grüner Lobbyismus“) Welche Lobbyisten können hier gemeint sein? Biologische Saatgutfirmen? Bioläden? Unverpackt-Läden?
– Was ist denn mit der chemischen Industrie, die die „Pflanzenschutz-Mittel“ herstellt? Diese haben sich in der Vergangenheit schon als Lobbyisten betätigt.*
- *Dass nun die EU wissenschaftliche Erkenntnisse manipulieren soll, klingt ganz nach Projektion.*

„Eine vermehrte Inanspruchnahme durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen steht dem Ziel einer Flächenschonung entgegen. Insbesondere den Flächenfraß von Biotop- und Agrarflächen durch die sogenannte Agrivoltaik gilt es zu verhindern. Die euphemistisch als „Energieernte“ bezeichnete Inanspruchnahme von Landschafts- und Anbauflächen steht im Widerspruch zur Selbstversorgung und degradiert die hiesige Landwirtschaft zum Gehilfen eines bereits gescheiterten Energiewende-Experiments“.

- *Wo ist denn die Energiewende gescheitert? Sie ist noch längst nicht vollendet, wozu die AfD mit ihren Blockaden (leider nicht alleine) hinreichend beiträgt. --- Behauptung ohne jeglichen Beleg oder Konkretisierung. Die Energiewende ist schon mal gar nicht als Experiment gedacht, sondern als notwendige Maßnahme. Die Aussage: „....degradiert die Landwirtschaft zum Gehilfen.....“ soll wohl Wut auf den Klimaschutz wecken.*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- *Photovoltaikanlagen entstehen überwiegend auf landwirtschaftlich nicht gut nutzbaren Flächen, z.B. direkt an Autobahnen oder auf ehemaligen Mülldeponien. Auch auf Dächern von Bauern, die davon gut profitieren können.*

Waldpflege und Forstwirtschaft

Die weitere Stilllegung forstwirtschaftlicher Flächen im Sinne eines missverstandenen Schutzgedankens lehnen wir ab.

- *Diese Aussage wendet sich gegen die Errichtung neuer Naturparks.*

„Wir fordern den Abbau ausufernder Bürokratie und übermäßiger Dokumentationspflichten“.

- *Das ist notwendig, wurde aber bereits konkret von der EU beschlossen!*

Die seit Jahren unter der Schirmherrschaft der EU betriebene Lobbyarbeit selbsternannter Umweltvereinigungen zugunsten der Windkraftindustrie muss schnellstmöglich beendet werden. Die Abholzung des Kulturgutes Wald für Windkraftanlagen lehnen wir ab. Solche Windkraftanlagen können unser Energieproblem nicht lösen.

- *Die Abholzung von Bäumen klingt erst mal kontraproduktiv, aber die Darstellung ist sehr einseitig. Es wird nicht mit bedacht, wie viele Bäume absterben, wenn man weiterhin auf Kohle und Gas setzt und wie viele Bäume jährlich gerodet werden müssen, um Braunkohle abzubauen.*

Tierschutz und Tierwohl

„Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland. Die AfD steht dabei für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe! Wir wollen in der Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern. Eine regionale, wohnortnahe Nutztierhaltung reduziert den Bedarf an Tiertransporten. Wir setzen uns für eine Transportwegbeschränkung von Lebewesen ein, die sechs Stunden nicht überschreiten darf.“

- *Ist ja gut, aber die Grünen fordern höchstens 4 Stunden. Ansonsten: Was heißt für die AfD artgerecht?*

„Windkraftindustrie gegen Arten- und Landschaftsschutz

Windenergieanlagen stellen grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen und Tiere sowie eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen dar. Inbesondere der Tod von Vögeln, Fledermäusen und Insekten wird als Kollateralschaden der linksgrünen Energietransformation in Kauf genommen. Folgen daraus sind Bestandsrückgänge, die zum Aussterben geschützter Arten führen können. Keine andere Energieform fordert einen solch hohen Blutzoll in der Tierwelt wie die Windkraftindustrie! Die Auswirkungen von durch

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Windkraftanlagen verursachten Bodenerosionen und Windschleppen sind schnellstmöglich zu erforschen. Bis zur Feststellung dieser Auswirkungen sind weitere Genehmigungen auszusetzen. Zudem hat diese Energieerzeugungsart massive Auswirkungen auf den Boden- und den Wasserhaushalt. Weitere Schädigungen unserer Natur im Namen eines vermeintlichen Klimaschutzes müssen unter allen Umständen verhindert werden.“

- *„Tod von Tieren“, „hoher Blutzoll“ wird „als Kollateralschaden der linksgrünen Energietransformation in Kauf genommen“, - die Wortwahl ist geeignet, um die Befürworter der Windkraft zu diskreditieren und als unmenschlich erscheinen zu lassen. Auch hier wird der ökologische Schaden inkl. dem Sterben von Tieren durch die Zerstörung immer neuer Landschaft für den Braunkohleabbau oder auch Kernkraftwerke nicht mit überlegt.*
- *Was bei der „Erforschung“ der genannten Parameter herauskommt, dürfte klar sein. Alice Weidel hat ihren Mitgliedern versprochen, sofort alle Windkraftanlagen abzubauen, wenn die AfD in der Regierung ist. Das passt auch zu dem in rechten Kreisen vorherrschenden wissenschaftlichen Verständnis. „Was nicht passt wird passend gemacht“ scheint ein unausgesprochenes Motto zu sein.*

Gewässerschutz

Mit der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie wurden für den Bereich der EU zentrale Grenzwerte vorgegeben, die für die Mitgliedstaaten verpflichtend sind. Ein derart zentralistisch geregelter Ordnungsrahmen verursacht in den einzelnen Regionen unterschiedliche Anpassungsschwierigkeiten und überbordende Bürokratie, die Maßnahmen beim Überschreiten von evidenzbasierten Grenzwerten verhindern. Daher gehört der Gewässerschutz hauptsächlich in die Hände der Nationalstaaten und in Deutschland in die der Bundesländer.

- *Gewässer fließen oft durch mehrere Länder und erst recht Bundesländer, so dass hier ein einheitlicher Grenzwert absolut sinnvoll ist. Über den Bürokratie-Abbau oder –Erleichterung kann man dann gesondert reden.*

Verbraucherschutz

„Der Verbraucher muss den zunehmend global agierenden Unternehmen auf Augenhöhe begegnen können. Bei vielen Nahrungsmitteln, Finanzprodukten und Sachgütern fehlen dem Verbraucher jedoch wesentliche Informationen über Produktherkunft und -qualität..“

...Ferner fordern wir die Kennzeichnung von Produkten mit einer klaren Deklaration über Inhalt und Gewicht mit Bezug zum Verkaufspreis ein, um Verbrauchertäuschung zu verhindern. So darf es keine verdeckte Beimischung von Insekten in Lebensmitteln geben, sondern diese ist deutlich zu kennzeichnen.“

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

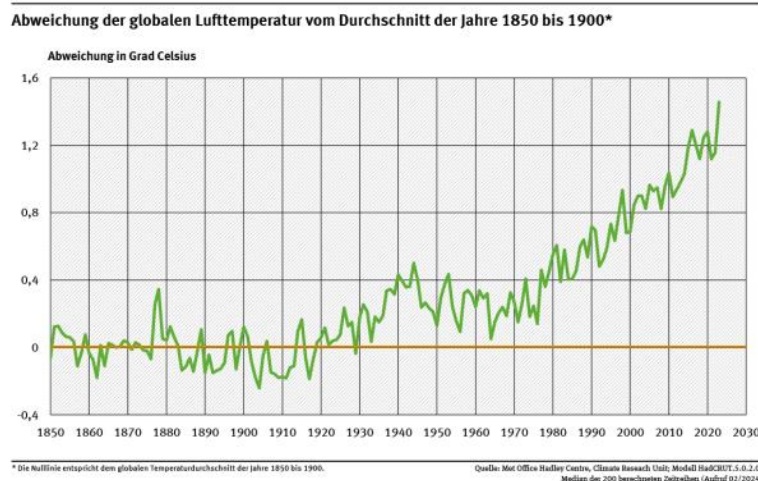
- *Das ist längst alles Standard. Nur die Herkunftsländer einzelner Zutaten in Fertigprodukten sind nicht aufgeführt. Die AfD suggeriert, dass der Verbrauchertäuschung Tür und Tor geöffnet ist und schmückt sich mit dem scheinbaren Vorhaben, dies zu ändern.*

„Generell treten wir dafür ein, dass die EU-Insektenfreigabe rückgängig gemacht wird. Die AfD tritt dafür ein, auf den Verpackungen prominent zu platzieren, ob Insekten oder Insektenteile enthalten sind.“

- *Scheint wichtiger zu sein als das Thema Gentechnologie, wahrscheinlich, weil Insekten bei Menschen mit wenig Veränderungstoleranz mehr Abwehr auslösen .*
- *Auch hier ist wieder die Abkehr von der EU wichtigstes Ziel.*

12. Klima, Energie und Digitalisierung (Seiten 39-43)

„CO₂ bildet eine der Grundlagen unserer Existenz. Ohne CO₂ in der Luft gäbe es keine Pflanzen. Seit dem Bestehen der Erde hat sich das Klima stets geändert. Ein konstantes Klima über lange Zeiträume hat es nie gegeben. Auch seit der letzten Eiszeit vor etwa 10.000 Jahren wechselte das Klima in Europa zwischen Phasen, die kälter oder wärmer waren als das aktuelle Klima. Die jetzigen klimatischen Veränderungen ordnen sich vollkommen normal – auch in ihrer Geschwindigkeit – in diese Wechsel ein.



Trotz des durch Medien und Politik verbreiteten Alarmismus zeigen sich in der Realität weder vermehrte Extremwetterereignisse noch ein beschleunigt ansteigender Meeresspiegel.



*Also der Klimawandel wird als nicht menschengemacht angesehen.
Fakten werden komplett verdreht.*

„Seitdem Menschen in Europa siedeln, haben sie sich immer an Klimaveränderungen angepasst. Auch heute ist Anpassung der einzig mögliche Umgang mit Klimaveränderungen. Die Verantwortung für die Anpassung an klimatische Bedingungen obliegt den einzelnen Nationen der EU. Bei etwaigen Veränderungen liegt die Entscheidung über Maßnahmen bei

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

den Ländern in Reaktion auf die eigene Betroffenheit. Aufseiten Deutschlands bedürfen die klimatischen Veränderungen der jüngeren Vergangenheit keinerlei spezieller Maßnahmen. Die Aufwendung von Mitteln und Regularien in Reaktion auf nur etwaige künftige Veränderungen ist unnötig, ökonomisch und ökologisch unverantwortlich.

- *Also Ahrtal 2.0 – ohne aus dem Unglück Konsequenzen zu ziehen?*

„Fossile Energieträger waren und sind die Grundlage unseres Wohlstands. Die Behauptung einer Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie ist vielmehr eine politische Agenda zur Besteuerung der Luft zum Atmen und damit der Durchsetzung gesellschaftlicher Umgestaltungen (Große Transformation). Es ist ein ökosozialistisches Projekt, welches zwangsläufig zur dramatischen Reduktion des Wohlstandes und zur totalitären Freiheitseinschränkung führt. Der jetzt schon schwindende Wohlstand und unsere mangelnde Zukunftsfähigkeit sind eine direkte Folge der aus rein politischen Gründen betriebenen Dekarbonisierung. Befangen in der Ideologie der großen Gesellschaftstransformation, begibt sich die EU immer stärker auf einen internationalen Sonderweg. Der globale Haupttreiber dieser fatalen Ideologie sind die nicht demokratisch legitimierten Brüsseler Bürokraten mit ihrem Green Deal.

- *Dies spielt auf den in rechtsradikalen Kreisen so gerne angeprangerten sogenannten Great Reset an. Dies ist eine Idee von Klaus Schwab, dem Vorsitzenden des WEF/WeltWirtschaftsForum) Um diesen entspinnt sich eine ganze Verschwörungstheorie. Schwab wolle zusammen mit „globalen Eliten“ die Menschen gefügig machen und einschränken, ja sogar komplett enteignen. Dafür würde die Politik, die er schon auf seine Seite bekommen hätte, Krisen herbeirufen, wie Covid 19 und den Krieg in der Ukraine, sowie den Klimawandel. Hinter dem Begriff: „globale Eliten“ versteckt sich Antisemitismus. Er wird in rechten Kreisen oft als Synonym für Juden gebraucht. Den Klimawandel ad absurdum zu führen, ist neben EU-Ausstieg und Remigration das wichtigste Thema auf der Agenda der AfD.*
- *Die ganze Argumentationslinie, die hier aufgeführt ist, entspricht 1:1 der eines deutschen Instituts, das sich die Klimaleugnung auf die Fahnen geschrieben hat: „EIKE“ in München arbeitet eng mit dem „Heartland-Institut“ aus den USA zusammen, das von der Kohle- und Erdöl-Industrie gefördert wird. Der Chef des Instituts hat die deutsche Influencerin „Naomi Seibt“ zu dem Zweck aufgebaut, die Jugendlichen zu erreichen.*
- *Hier der link zu einer 7-Minuten-Doku:*

<https://www.zdf.de/politik/frontal/heartland-lobby-engl-ut-100.html>

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Keine ökosozialistische Umverteilung:

- *Kampfbegriff der Neurechten*

„Das Paket „Fit für 55“ stellt die rechtliche Untersetzung des „Green Deal“ und damit eines transformativen Wandels unserer Wirtschaft, Gesellschaft und Industrie dar. Seine Grundlage ist das 2021 beschlossene Europäische Klimagesetz. Dieses von seinen Initiatoren als „unumkehrbar“ bezeichnete Generalgesetz fordert die Anpassung aller zukünftigen und bereits bestehenden Gesetze. Damit will man aus Brüssel unter Umgehung aller demokratisch gewählten und legitimierten nationalen Parlamente direkt in das persönliche Leben eines jeden Bürgers hineinregieren. Vielen Bürgern ist nicht bewusst, dass EU-Verordnungen automatisch Gültigkeit ohne Zustimmung des Deutschen Bundestages besitzen.“

- *Angstmache vor Freiheitsbeschränkung jedes einzelnen bis ins Privatleben. Die Freiheitsbeschränkung, die eine Klimakrise hervorrufen würde, wird ignoriert. Z.B. im Sommer in geschlossenen klimatisierten Räumen bleiben zu müssen, wenn die Hitze gesundheitsgefährdend ist, - die Ernteeinbußen – schon stark spürbar zumindest in südlicheren Gebieten, auch in Europa.*

„Mittels der medial befeuerten Klimakatastrophen-Vorhersage will „Fit für 55“ nicht nur eine Energiewende, sondern auch eine Konsumwende, eine Ressourcenwende, eine Mobilitätswende, eine Ernährungswende und eine industrielle Wende umsetzen.

Das geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen ist ein schwerer Eingriff in die Eigentums- und Grundrechte der Bürger, den die AfD politisch bekämpft. Durch politische Reformen will die EU eine umfangreiche CO₂-Bepreisung in der gesamten Wirtschaft durchsetzen. Dies soll dann Veränderungen im Verhalten der Verbraucher und Unternehmer bewirken. Explodierende Energiepreise sind nur das erste Signal „grüner Weltrettung“.

Der dadurch bewusst herbeigeführte Energiemangel soll einen dem Brüsseler Zentralstaat hilflos ausgelieferten und von monetären Wohltaten abhängigen Bürger hervorbringen.

- *Hier wird Böswilligkeit unterstellt um Wut zu erzeugen.*

Er zementiert gleichzeitig eine noch nie dagewesene Umverteilung des Vermögens der deutschen Steuerzahler auf EU-Ebene. Dank der fortgesetzten Ausrufung von sogenannten Krisen, wie Klima-, Finanz-, Migrations-, Corona- und Gaskrise, ist es Brüssel möglich, Finanzpakete in beispielloser Höhe bei „der Verteilung der verbundenen Belastungen auf die Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihres relativen Wohlstands“ einzufordern. Diese münden in der gemeinsamen Schuldenaufnahme des „NextGenerationEU“-Fonds.

- *Wir geben anderen nichts ab! - Germany first! Das gefällt allen, die Angst haben etwas abgeben zu müssen. Und wieder werden Böswilligkeit und Lügen unterstellt.*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

„Ein „koordiniertes“ Konzept für die Risiko- und Krisenkommunikation gegenüber der Öffentlichkeit ist geplant. Die Feststellung eines Krisenfalls würde dann ohne parlamentarische Kontrolle erfolgen. Der Weg in einen planwirtschaftlich agierenden Überwachungsstaat ist vorgezeichnet.“

- *Das zieht natürlich besonders gut im Osten*

„CO₂-Steuer, Klimawahn und Grenzwerte

Die AfD lässt nicht zu, dass der Mensch anhand seines CO₂-Abdrucks beurteilt wird. „Wir teilen die irrationale CO₂-Hysterie nicht, die unsere Gesellschaft, Kultur und Lebensweise strukturell zerstört. Wir stehen für Freiheit, Fortschritt und Wissenschaft! Wir wollen keine EU-Grenzwerte, die Klimalobbyisten gegen die elementarsten Interessen Deutschlands durchsetzen können. Wir stehen klar für eine vernunftbasierte Grenzwertdiskussion:“

„Die AfD steht auf der Seite der Bürger, die auf das Auto angewiesen sind oder die Freiheit des Individualverkehrs als zivilisatorische Errungenschaft ansehen. Die Alternative für Deutschland lehnt daher Fahrverbote strikt ab.“

- *Alles in allem eine „nach mir die Sintflut“-Mentalität*

Energie

„Bio“-Gas und -treibstoffe entziehen der Lebensmittelerzeugung wertvolle Flächen und verteuern beide Güter.

„Aufgrund dieser ideologischen Energiepolitik werden Strom, Mobilität, warme Wohnungen und Nahrung für die Bürger zum Luxus. Industriebetriebe wie Verbraucher leiden unter den weltweit höchsten Energiepreisen. Abwanderung oder Verarmung sind die Folge.“

- *Wieder wird Angst erzeugt!*

„Die AfD strebt eine Neuorientierung der deutschen Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen an. Dabei sind weder unkonventionelle Schiefergasgewinnung noch Kernenergie oder Braunkohle auszuschließen. Schiefergasgewinnung wird seit Jahrzehnten auch in Deutschland praktiziert.“

- *Braunkohletagebau hat zur Folge dass im und um die Grube kein Grundwasser mehr ist. Es ist eine Naturzerstörung nötig, die kilometerweit Landschaften, Wälder und Ackerland zerstört. Das ist alles kein Problem? .*

„Die Kernenergie bietet mit jahrzehntelang bewährter Hochsicherheitstechnologie eine umweltfreundliche und preisgünstige Energieversorgung für die nächsten Jahrtausende.“

- *Preisgünstig allerhöchstens, wenn man die Folgekosten der Entsorgung nicht mitrechnet.*

<https://www.bundestag.de/resource/blob/877586/4e4dce913c3d883a81adcf2697313c7d/WD-5-090-21-pdf-data.pdf>

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

„Konkret sind unsere Forderungen:

- Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene sowie Stopp der Programme „Green Deal“, „Fit für 55“ und anderer CO₂-Reduktionspläne der Brüsseler Bürokraten.
- Abschaffung des EU-Emissionshandels und kein „CO₂-Ausgleich“ an den EU-Außengrenzen.
- Renationalisierung der Energiepolitik.
- Jeder Staat muss seine Versorgung mit Strom selbst sicherstellen.
- Streichung der Subventionen für die volatile Solar- und Windenergie.
- Diversifizierung der Energielieferanten (Staaten und Techniken).
- Aufklärung der Nord-Stream-Anschläge und Reparatur der beschädigten Leitungen.
- Kernenergieforschung wieder aufnehmen. Deutschland und Europa müssen wieder zu den führenden Anbietern im Bereich der Kernenergie werden. Gerade mit Blick auf den politisch herbeigeführten Abbau von deutschen industriellen Fähigkeiten im Bereich der Kerntechnik sind hierfür europäische und internationale Forschungs Kooperationen anzustreben.
- Wiederaufnahme der Stromproduktion in den sechs seit dem Ende des Jahres 2021 außer Dienst gestellten deutschen Kernkraftwerken.
- Regulatorische Benachteiligung von Kernenergie aufheben (z. B. Taxonomie).
- Kohleverstromung (inkl. Braunkohle) erhalten, mindestens bis ausreichend Kernreaktoren am Netz sind.“
-

Digitalisierung

„Die Freiheit der Bürger im Internet wird von Jahr zu Jahr durch meist politisch oder ideologisch begründete Eingriffe von Reichweiteinschränkungen bis hin zum Ausschluss aus Diensten (Deplatforming) immer weiter eingeschränkt. Dies widerspricht unserem Verständnis von Freiheit. Vielmehr muss der Staat sich wieder auf den Sinn und Zweck des Internets besinnen: nämlich Menschen und Informationen zu verbinden. Die Digitalisierungsverordnungen der EU lehnen wir ab, da sie immer auch Überwachung oder Zensur zum Inhalt haben. Sie bedrohen die Freiheit der Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Länder“

Diese „Freiheit“ ist ein typisches Beispiel, wie die Freiheit einzelner über der Freiheit und den Menschenrechten vieler stehen soll. Es ist angedacht, dass sämtliche Zensur wegfallen soll. Also es darf im Interesse der AfD gehetzt und gelogen werden. Auch Aufrufe zur Gewalt werden bei völliger Freiheit im Internet nicht gefiltert. Das hat alles nichts mehr mit Meinungsfreiheit zu tun!

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

„Konkret sind unsere Forderungen:

- Die Freiheitsrechte der Bürger dürfen durch Digitalisierung nicht eingeschränkt werden.
- Die EU muss von Plattformanbietern die Offenlegung und Einstellung aller Zensur-Aktivitäten einfordern.
- Die Freiheit der Bürger in Bezug auf Wort und Daten sichern (Recht auf Verschlüsselung und Netzneutralität).
- Die Regulierung der Digitalisierung muss in nationaler Hand liegen und auf EU-Ebene muss Datensparsamkeit herrschen. Wir lehnen einen „Datenkraken EU“ ab.
- Die DSGVO, die Verordnung zum Leistungsschutzrecht und Upload-Filter sind abzuschaffen.
- Die Entwicklung europäischer, quelloffener Hard- und Software ist zur Stärkung der digitalen Souveränität zu fördern.
- Das Beschaffungswesen der öffentlichen Hand ist verpflichtend an strategischen und sicherheitspolitischen Erwägungen auszurichten.
- Ein Recht auf analoges Leben der Bürger: der Umgang mit Behörden und die Nutzung öffentlicher Einrichtungen müssen auch ohne digitale Identität möglich sein.
- Der Erhalt des Bargelds als uneingeschränktes Zahlungsmittel (Stichwort „digitaler Euro“).
- Keine digitale Erfassung sämtlicher Vermögenswerte in einem EU-Zentralregister.“

Freiheit für alle, die so denken wie die AfD!

13. Gesundheitspolitik, (Seite 43-45)

Das Programm gliedert sich auf in

- eine Art Vorbemerkung (s.u., Seite 43)
- „Krankenhäuser nicht weiter privatisieren“
- „Arzneimittelversorgung sichern“
- „Keine medizinische Behandlung im Sinne des 'Gender mainstreaming' (S. 44)
- „Keine Impfpflicht“
- „Stopp aller Corona-Impfungen“
- „Den Beruf des Heilpraktikers bewahren“ (S. 45)
- „Nur nach deutschen Standards qualifiziertes Personal einsetzen“
- „Medizintechnik“
- „Missbrauch von medizinischen Daten verhindern“

„Gesundheitspolitik muss in nationaler Verantwortung bleiben. Seit dem Beginn der 'Corona-Pandemie' im Jahre 2020 wird deutlich erkennbar, dass sich auch in der Gesundheitspolitik der Einfluss der EU zu Lasten der Einzelstaaten immer mehr verstärkt. Die Folge ist eine massive Ausweitung des Einflusses der EU-Kommission und der EU-Agenturen EMA, ECDC, HERA und künftig EHDS auf die Gesundheitspolitik der Nationalstaaten. So kann die EU-Kommission ohne Zustimmung des EU-Parlamentes künftig Pandemien und Gesundheitsnotstände ausrufen.“ (S. 43).

„Durch Beschlüsse in EU-Institutionen mit fragwürdiger Legitimation und nicht zuletzt durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) soll den Bürgern vorgeschrieben werden, wie sie mit eminent wichtigen Gesundheitsfragen umgehen und welche Einschränkungen der persönlichen Entscheidungsfreiheit sie hinzunehmen haben. Wir fordern eine EU-rechtliche Klarstellung, dass die Gesundheitspolitik im Zuständigkeitsbereich der nationalen Parlamente verbleibt. Ebenso lehnen wir auch die Verlagerung von Kompetenzen an die WHO entschieden ab.“ (S. 43)

Anmerkungen und Kritik

- *EMA - Europäische Arzneimittelagentur*
- *ECDC – Zentrum für Prävention und Kontrolle*
- *EHDS – European Health Data Space (Europäischer Gesundheitsdatenraum)*
- *HERA – Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (bei der EU-Kommission angesiedelt). HERA wurde im Zuge der Corona-Pandemie im September 2021 eingerichtet und soll die Entwicklung, Herstellung und Verteilung von Arzneimitteln, Impfstoffen, medizinischen Produkten wie Handschuhe, Masken usw. sicherstellen.*
- *HERA soll ein zentrales Element einer „EU-Gesundheitsunion“ sein, die „Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme“ sollen „gestärkt werden“. (vgl. hierzu EU-Behörde HERA/Bundesregierung,*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

bundesregierung.de, 17. April 2023).

- *Sinnvolle Maßnahmen, die der Sicherstellung der öffentlichen Gesundheit, der Bewältigung aktueller Gesundheitskrisen sowie der Vorbeugung von gesundheitlichen Notständen dienen können und sollen, werden von der AfD diskreditiert durch Schürung von Ängsten, dass Bürger bevormundet und in ihren persönlichen Entscheidungen eingeschränkt werden sollen. Die von der AfD gewollte Herstellung einer Unvereinbarkeit zwischen persönlicher Freiheit und einer staatlichen Bevormundung festigt die ebenso gewollte Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft in „wir“ und „die“, womit u.a. „EU-Institutionen mit fragwürdiger Legitimation“ (S. 43) gemeint sind. Hier zeigt sich nebenbei auch ein fragwürdiges Demokratieverständnis der AfD, es ist m.E. Nicht seriös, das politische System der EU und deren Institutionen im Wahlprogramm für Europa quasi im Nebensatz zu diskreditieren.*
- *Überhaupt nicht erwähnt wird der Beschluss, ein internationales Pandemieabkommen zu entwickeln (Dezember 2021 Sondersitzung der WHO, von den 194 Mitgliedsstaaten). Auch die Bundesrepublik hat sich hieran beteiligt, regionale, nationale und globale Kapazitäten sollen gestärkt werden im Hinblick auf Pandemieprävention und -reaktion (Quellen: consilium.europa.eu, Bundesgesundheitsministerium).*

„Keine medizinische Behandlung im Sinne des „Gender mainstreaming““ (Seite 44)

„Nach den Gesetzesänderungen vom Mai 2021 ('Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung') wird in Deutschland eine Geschlechtsumwandlung auch von Minderjährigen ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten wesentlich erleichtert.“

Anmerkungen und Kritik

- *An diesem Punkt muss man der AfD schon eine unzulässige um nicht zu sagen verfälschende Darstellung bescheinigen. Worum geht es? Der Bundestag hat am 25. März 2021 einen Gesetzentwurf der damaligen Bundesregierung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD angenommen. Die AfD stimmte dagegen, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich.*
- *Mit dem Gesetz (19/24686) soll das Recht von Kindern auf geschlechtliche Selbstbestimmung geschützt werden, zugleich vor unnötigen Behandlungen an den Geschlechtsmerkmalen bewahrt werden. Das Gesetz enthält ein Verbot zielgerichteter geschlechtsangleichender Behandlungen von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung. Es stellt außerdem klar, dass Eltern nur*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

dann in einen operativen Eingriff an den inneren oder äußeren Geschlechtsmerkmalen ihres Kindes einwilligen können, der eine Angleichung des körperlichen Erscheinungsbildes des Kindes an das des männlichen oder des weiblichen Geschlechts zur Folge haben könnte, wenn der Eingriff nicht bis zu einer späteren selbstbestimmten Entscheidung des Kindes aufgeschoben werden kann.

- *Zudem bedarf die Einwilligung in einen solchen Eingriff grundsätzlich der familiengerichtlichen Genehmigung. Ist der Eingriff zur Abwehr einer Lebens- oder Gesundheitsgefahr erforderlich und kann das familiengerichtliche Verfahren nicht mehr abgewartet werden, muss keine Genehmigung eingeholt werden.“ (Quelle: Deutscher Bundestag, bundestag.de)*
- *Aus diesem komplexen Sachverhalt lediglich eine Erleichterung der Geschlechtsumwandlung von Minderjährigen zu konstruieren, und unumkehrbare Folgen für die Heranwachsenden mit immensen lebenslangen physischen wie psychischen Folgen zu postulieren (vgl. ebenda), entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage.*
- *Zuspitzung erhält dieses Konglomerat an unzulässigen und falschen Darstellungen noch durch die Behauptung einer „Frühsexualisierung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, die entsprechenden Vorschub leisten soll“ (S. 44) (Vorschub zur operativen Geschlechtsangleichung? - die Verfasserin), der „entschieden entgegengetreten werden“ (ebenda) muss.*

„Keine Impfpflicht“ (Seite 44)

Die Ständige Impfkommission (Stiko) listet ein umfangreiches Tableau an Standardimpfungen auf, die ausdrücklich nur empfohlen werden und damit der Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bürger unterliegen. Ein staatlich erzeugter Impfdruck (z.B. bei Covid-19) und ein von der EU geplantes digitales Impfzertifikat wären erste Schritte hin zu weiteren staatlich verordneten Impfungen einschließlich der mRNA-Injektionen. Damit schränkt der Staat das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht der Bürger über ihren eigenen Körper grundrechtswidrig ein und verlagert eine Impfentscheidung von der persönlichen auf die staatliche Ebene, wo durch massiven Druck bis hin zur Entziehung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage der Bürger eine Entscheidung zugunsten einer Impfung erzwungen werden soll.

Eine freie und rechtlich wirksame Impfentscheidung ist unter diesen Umständen ausgeschlossen. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit sowie das Selbstbestimmungsrecht dürfen auf keinen Fall angetastet werden.“

Anmerkungen und Kritik

- *Das oben erwähnte digitale Impfzertifikat trat am 01. Juli 2021 als Verordnung 2021/953 in Kraft. Die Verordnung regelte „die unentgeltliche Ausstellung, Überprüfung und grenzüberschreitende*

Anerkennung digitaler Zertifikate in der Europäischen Union und galt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat. Bürgerinnen und Bürger konnten ihren digitalen Impfnachweis über Mobile Apps verwalten, bspw. Über die CovPass-App. Die EU-Verordnung ist zum 30. Juni 2023 ausgelaufen. Übergangsweise hat die europäische Union das Trust Framework zum internationalen Austausch und zur Prüfung von COVID-Zertifikaten bis zum 31. Dezember 2023 weiter zur Verfügung gestellt. Der Übergangsbetrieb endet zu diesem Zeitpunkt. Derzeit steht kein internationales System mit vergleichbaren Funktionalitäten und vergleichbarer Reichweite bereit.“ (Quelle: bundesgesundheitsministerium.de).

- *Der Abschnitt enthält also als erstes eine Unwahrheit, das Europäische Impfzertifikat liegt in seinem Geltungsanspruch in der Vergangenheit. Die AfD entwickelt aber hieraus ihre „Argumentationskette“: staatlich verordnete Impfungen – grundrechtswidrige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts über den eigenen Körper. Mit unwahren Behauptungen werden auch hier wieder Ängste geschürt und das Bild eines **übergriffigen** Staates gezeichnet.*
- *Es empfiehlt sich ein Blick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Impfungen, in der Bundesrepublik ist das zurzeit (seit 1. März 2020) die Impfung gegen Masern, sie gilt für Kinder sowie für das Personal in Gemeinschafts- und Gesundheitseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen. Eine einrichtungsbezogene Impfpflicht in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie bei Anbietern von Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen ist zum 31.12.2022 ausgelaufen, § 20a ist ersatzlos gestrichen worden, der sogenannte immunitätsnachweis).*
- *In der Geschichte der Bundesrepublik wurde sich mehrfach mit der Frage der Vereinbarkeit von Impfgesetzen und Grundrechten auseinandergesetzt. Eine Impfpflicht wird bei besonders ansteckenden Krankheiten, die Leben und Gesundheit anderer Menschen schwer gefährden, als zulässig erachtet (vgl. hierzu bundesgesundheitsministerium.de, Paul-Ehrlich-Institut, Masernschutz.de).*
- *Zusammenfassend muss zu diesem Abschnitt im EU-Wahlprogramm der AfD festgehalten werden: ein Popanz, also ein Schreckgespenst, welches in seiner Unwahrheit, seiner ideologischen Aufgeladenheit seinesgleichen sucht.*

„Stopp aller Corona-Impfungen“ (Seite 44)

„Aufgrund überproportional auftretender Impfschäden, einer alarmierenden Übersterblichkeit, der toxischen Spikewirkung und nachgewiesener Gefäßschädigungen, die

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

jedes Organ betreffen können, fordern wir den Stopp der Zulassung von mRNA – und vektorbasierten Corona-Injektionen durch die EU-Kommission und eine breite und öffentliche Untersuchung durch ein unabhängiges Gremium.....

Mittlerweile werden immer mehr warnende Stimmen aus den Bereichen von Medizin und Wissenschaft, vor allem von Gynäkologen und Kinderärzten, laut. Selbst aus dem Bestattungswesen gibt es warnende Stimmen!“

Anmerkungen und Kritik

- *Überproportional auftretende Impfschäden, alarmierende Übersterblichkeit, – starker Tobak, ohne einen Hinweis auf die Quellenlage.*
- *Übersterblichkeit:
Zwar wird nicht darauf verwiesen, aber es könnte eine Studie gemeint sein, nach der -die Zahl der Todesfälle in direktem zeitlichen Zusammenhang mit der Covid-19 Impfkampagne stark angestiegen seien. (Matthias Reitzner, Universität Osnabrück, Christof Kuhbandner Universität München). Veröffentlicht wurden die Ergebnisse laut tagesschau.de auf telegram sowie auf dem Onlineportal „Report24“, laut tagesschau.de einem bei „Querdenken“ beliebten Portal. Die Auseinandersetzung mit dieser Studie erfolgte prompt, vgl. hierzu profil.at, Faktencheck von ARD, MDR, BR 24 und weitere. Eine zentrale Aussage ist hier, dass eine Korrelation nicht mit einer Kausalität gleichzusetzen sei.*
- *Impfschäden
Bislang haben sich in Deutschland etwa 65 Millionen Menschen gegen das Corona-Virus impfen lassen. 11.827 Menschen haben laut Neuer Osnabrücker Zeitung einen Antrag auf Anerkennung eines Impfschadens gestellt, 0,018 % der Geimpften (tagesschau.de 22.01.2024) . In 467 Fällen wurden die Anträge bewilligt, mehr als 5000 Anträge wurden abgelehnt, 658 Anträge haben sich aus anderen Gründen erledigt und 5597 Anträge wurden noch nicht beantwortet.*
- *Zusammenfassend: vielleicht würde es Sinn machen, zu diesen letzten Punkten eine seriöse medizinische/statistische Beratung/Schulung durchzuführen, vielleicht ist ja eine Oma dabei, die aus mathematischer, medizinischer und statistischer Sicht referieren könnte.*

14) Familienpolitik (Seite 46-47)

Familie und Demografie

Die Familie ist das Herzstück jeder Gesellschaft und steht deshalb in Deutschland unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Alle Menschen haben das Recht, ihren Familienstand frei zu wählen. Andere Formen des Zusammenlebens als die Ehe zwischen Mann und Frau sind zu respektieren,

- *Alice Weidel in einem Interview im Blog „Philosophia Perennis“ (2017): ihre Partei sei „die einzige echte Schutzmacht für Schwule und Lesben in Deutschland.“ Die größte Bedrohung für Homosexuelle gehe aktuell von muslimischen Migranten aus, die gleichgeschlechtliche Partnerschaften aus religiösen Gründen ablehnten. Das tut die katholische Kirche allerdings auch!!!*
- *Kriminalstatistik 2020: 782 homo- und transphob motivierte Straftaten, wovon 154 d.h. knapp ein Drittel rechtsextremen Tätern zugeordnet werden konnten. Der größte Teil konnte keiner politischen Ideologie zugeordnet werden. Doppelter Widerspruch! Die AfD benachteiligt andere als gleichgeschlechtliche Partnerschaften, schwingt sich jedoch gleichzeitig als „Schutzmacht“ auf. Zudem werden Migranten zu Unrecht beschuldigt, die eigentlichen Haupttäter sind recharadikal!*

damit aber nicht gleichzustellen.

- *Soll die Ehe für alle wieder abgeschafft werden? Was ist mit dem AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz)? Hierzu sagt das Wahlprogramm leider nichts.*

Die AfD bekennt sich in ihrer Familienpolitik zum klassischen Leitbild der Familie, in der Vater und Mutter in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder sorgen.

- *Rolle rückwärts in die 50er! Und ist mit dem klassischen Leitbild auch das Alleinverdienermodell gemeint? Der Mann bringt das Geld nach Hause, die Frau steht am Herd?*

Die einzigartige und privilegierte Position von Vater und Mutter im Hinblick auf den Schutz des Kindeswohls und die Erziehung muss in vollem Umfang erhalten bleiben.

- *Die Formulierung könnte vermuten lassen, dass es Bestrebungen gibt dies zu ändern→ an den Haaren herbeigezogen.*

Wir streben Chancengleichheit für Frauen und Männer an

- *Frauenanteil der politischen Parteien im Bundestag:*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- Grüne 42,3 %
- Linke 36,8 %
- SPD 33,1 %
- CDU 26,6 %
- CSU 21,6 %
- FDP 20,1 %
- AfD 18,7 %

und unterstützen es, wenn Menschen traditionelle Geschlechterrollen leben.

- *Wie sieht diese Unterstützung aus? Gilt sie nicht für Menschen, die alternative Geschlechterrollen leben? Was ist in diesem Fall mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung?*

Kinder sind sinnstiftend, bereichernd und lebensnotwendig

- *Eine Aussage, die längst nicht auf alle Menschen zutrifft und daher sehr verallgemeinernd ist.*

Ohne Familien mit Kindern können unsere europäischen Gesellschaften, unsere Kulturen und unsere Freiheit nicht bestehen. Daher stehen die Bedürfnisse der Kinder im Mittelpunkt unserer Familienpolitik.

- *Ohne Kinder können unsere europäischen Gesellschaften... Ob und in welchen familiären oder sonstigen Konstellationen diese aufwachsen ist nicht der ausschlaggebende Faktor und sollte in der Entscheidung dem einzelnen Individuum überlassen werden. Dass den Bedürfnissen von Kindern Rechnung getragen werden muss, steht außer Frage.*

Nicht nur Deutschland, sondern nahezu alle europäischen Staaten kämpfen mit den Folgeproblemen niedriger Geburtenraten und einer Überalterung der Gesellschaft. Viele Regierungen versuchen, den Bevölkerungsschwund durch Zuwanderung auszugleichen, obwohl dies nachweislich nicht gelingen kann und zu massiven kulturellen und sozialen Problemen beim Zusammenleben führt.

- *Dies ist nachweislich über viele Jahrhunderte gelungen. Die deutsche Gesellschaft profitiert schon immer von Zuwanderung (Hugenotten, polnische Arbeitsmigranten, Russlanddeutsche, Gastarbeiter) ohne die unser heutiger Wohlstand, unsere kulturelle Entwicklung und technologischer Fortschritt nicht denkbar wären.*

Die AfD will hingegen deutlich mehr junge Paare ermutigen und unterstützen, eine Familie zu gründen und mehrere Kinder zu bekommen. Die Förderung soll deutlich über das hinausgehen, was in Frankreich, Polen und Ungarn....

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- *Im Falle von Polen und Ungarn bedeutet Familienpolitik eine massive Einschränkung von Frauenrechten!*

bereits umgesetzt wird. Kinder sind Zukunft!

- *Solange es nicht heißt „Frauen zurück an den Herd“ ist dagegen nichts einzuwenden. Allerdings dringen die Wirtschaftsverbände gerade aktuell darauf vermehrt Frauen ins Arbeitsleben einzubinden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.*

Eigenverantwortung der Familien stärken

Familien regeln ihre Angelegenheiten am besten selbständig und eigenverantwortlich. Nur wenn dies nicht gelingt, ist Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

- *Hier wird ein selbstverständlicher Standard der praktizierten Familienpolitik als besonderes Ziel der AfD herausgehoben.*

Die AfD fordert, dass diese ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene erfolgt. Die EU ist nicht für Familienpolitik zuständig. Sie darf daher nicht in Familien hineinregieren, ihre Lebensentwürfe beeinflussen oder gar konkret durch Quoten steuern.

- *Die AfD hingegen darf das? s. Abtreibungsrecht, ausschließliche Förderung eines konservativen Familienbildes, Geschlechteridentitäten;*

Indem die Europäische Union gesellschafts- und familienpolitische Handlungsfelder zunehmend an sich zieht, verletzt sie das elementare Subsidiaritätsprinzip, auf das sie sich selbst verpflichtet hat.

- *Welche Handlungsfelder sind hier konkret gemeint? Ohne eine Nennung kann nicht argumentiert werden und es handelt es sich bei der Aussage um bloße Anti-EU-Propaganda.*

Die AfD wird sich dem energisch widersetzen. Wir lehnen jede Verknüpfung finanzieller Zuwendungen mit der Durchsetzung ideologischer Ziele strikt ab.

- *??? Was ist gemeint???*

Die Gesetzgebungskompetenz zu allen ethischen und familienpolitischen Themen, insbesondere beim Lebens-, Selbstbestimmungs-, Eheschließungs- und Scheidungsrecht, muss bei den Nationalstaaten verbleiben.

- *Mit dem Ergebnis, dass Menschen- und Freiheitsrechte eingeschränkt werden und beispielsweise Homosexualität*

und Abtreibungen strafrechtlich verfolgt werden können (Polen, Ungarn).

Gesellschaftliche Leistung von Familien würdigen

Von den Leistungen der Familien profitieren alle. Die Kosten, die Arbeit und der dafür nötige Verzicht werden allerdings weitgehend von den Familien getragen. Aufgrund dieser Gerechtigkeitslücke entscheiden sich immer weniger Paare für Kinder.

- *Dies als alleinigen Grund für sinkende Geburtenzahlen darzustellen ist nicht korrekt. Der Wunsch vieler Frauen nach Berufstätigkeit und persönlicher Weiterentwicklung jenseits vom Rollenbild „Mutter“ und die Tatsache, dass aufgrund festgefahrener Geschlechterrollen immer noch der Hauptteil der Betreuungs- und Erziehungsaufgaben bei Frauen liegt, ist hier ein nicht zu unterschätzender Faktor. Dies gilt ebenso für die Tatsache, dass im Falle einer Trennung zumeist die Mütter als Alleinerziehende die Hauptlast zu tragen haben. („In Neun von zehn Fällen ist dies die Mutter.“ (BMFSFJ, 2023).*

Der rapide Rückgang von Mehrkindfamilien in den Mittelschichten und die hohe Zahl der Kinderlosen unter den Leistungsträgern sind die Hauptgründe für die demografische Katastrophe der westlichen Gesellschaften und für den daraus folgenden Fachkräftemangel.

- *Selbst wenn man dieser These zustimmt, darf bezweifelt werden, dass die Leistungsträger unserer Gesellschaft durch ein erhöhtes Kindergeld oder sonstige finanzielle Vergünstigungen sich für das Lebensmodell „Mehrkindfamilie“ entscheiden.*

Hinzu kommt die sehr geringe Wertschätzung gegenüber Eltern und ihrer Erziehungsarbeit durch Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft. Familien werden gegenüber Kinderlosen benachteiligt. Die AfD setzt sich deshalb für nationalstaatliche Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität von Familien ein.

- *Problematisch ist insgesamt, dass stets von Familien die Rede ist. Ist der nicht geringe Anteil Alleinerziehender mitgemeint? (18 % = 1,5 Millionen Haushalte von insgesamt 8 Millionen Haushalten mit Kindern; BMFSFJ, 2023)*
- *Was ist mit alternativen Lebensmodellen? Profitiert auch dieser Personenkreis von den Konzepten zur Verbesserung der Lebensqualität von Familien?*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Abtreibungen müssen zur Ausnahme werden

- *Diese Aussage impliziert, dass es sich aktuell um die Regel handelt.*

Geburten:

1996 = 800.000 – 2022= 740.000

Abtreibungen

1996= 131.000 2022= 104.000

Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Es steht dem Wunsch auf Abtreibung diametral entgegen. Ohne das Recht auf Leben kann kein anderes Menschenrecht in Anspruch genommen werden. Jeder Mensch ist ab der Befruchtung ein Mensch (EuGH-Urteil C-34/10).

- *Hier werden Dinge verknüpft, die nichts miteinander zu tun haben. Das EuGH-Urteil C-34/10 befasst sich mit der Nutzung embryonaler Stammzellen. Es geht nicht mal ansatzweise um die Abwägung Recht auf Leben versus Recht der Selbstbestimmung über den eigenen Körper.*

Daher muss Abtreibung die absolute Ausnahme werden, z. B. bei kriminologischen oder bei medizinischen Indikationen.

- *Dies würde 96 % aller Frauen, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen, an dieser persönlichen Entscheidung hindern. 2022 wurden 96 % aller vorgenommenen Abbrüche nach der Beratungsregelung und 4 % aus medizinischer Indikation, bzw. aufgrund eines Sexualdeliktes vorgenommen. (Statistisches Bundesamt) Wieso maßt eine Partei mit einem derart verschwindenden Frauenanteil wie die AfD sich an, so massiv in die Lebenswirklichkeit von Frauen hineinregieren zu wollen?*

Aktuell versuchen einflussreiche Gruppierungen in der EU, Abtreibung zur Normalität oder sogar zum „Menschenrecht“ zu erklären. Einige bezeichnen gar das Fehlen von Abtreibungsmöglichkeiten als „Folter“. Damit würde auch die ausgewogene Regelung des § 218 StGB in Deutschland gekippt werden. Dieser grotesken Bagatellisierung und Verharmlosung der Kindstötung wird die AfD im Europaparlament entschieden entgegentreten.

Die AfD lehnt jede EU-Förderung von Organisationen oder Maßnahmen ab, durch die Abtreibungen forciert werden.

- *Welche sollen das sein? Etwa Organisationen, die sich für die Möglichkeit einer selbstbestimmten Entscheidung durch die direkten Betroffenen, (schwangere Frauen), einsetzen?*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter umfangreiche Unterstützung in der Schwangerschaft und nach der Geburt erhalten, insbesondere in schwierigen Lebenslagen.

- *Einschließlich Mutterkreuz? Warum dieser ausschließliche Fokus auf die Mütter? Was ist mit der Verantwortlichkeit von Vätern?*

Andererseits sind immer mehr ungewollt kinderlose Paare bereit, Geld für ein Kind zu zahlen. Bezahlte Leihmutterschaft ist jedoch eine Form von Kinderhandel. Daher lehnen wir ein „Recht aufs Kind“ und kommerzielle Leihmutterschaften ab. Adoptionen können eine Lösung für beide Problembereiche sein, sollten aber weiterhin auf nationaler Ebene geregelt werden.

Gender-Ideologie stoppen

Es ist eine biologische Tatsache und kein soziales Konstrukt, dass es genau zwei Geschlechter gibt: Frau und Mann.

- *Warum will die AfD hier als Partei, ggf. als Regierungspartei in das Intimste und Persönlichste von Menschen, nämlich ihre sexuelle Identität, hineinregieren, bzw. - reglementieren? Das ist absolut übergriffig, gerade als staatliche Institution und daher deutlich zurückzuweisen:*

Die Pseudowissenschaft der Gender-Ideologie bestreitet diese biologische Grundtatsache.

- *Nein, tut sie nicht. Sie erweitert das biologische Konstrukt durch ein soziales, in dem sich verschiedenste Personengruppen wiederfinden können.*

Die EU muss jede Förderung dieser skandalösen Ideologie sofort beenden.

Den größten Schaden richtet die Gender-Ideologie bei Kindern und Jugendlichen in der Pubertät an.

- *In wie fern? Wo ist das belegt?*

Sie werden dadurch in ihrer Entwicklung massiv beeinträchtigt und tragen in vielen Fällen dauerhafte Schäden davon.

- *Personen, denen die Möglichkeit ein anderes als ihr biologisches Geschlecht zu leben verwehrt wird, tragen erwiesenermaßen dauerhafte Schäden davon.*

Die AfD fordert ein Verbot von „Geschlechtsumwandlungen“ bei Minderjährigen sowie eine rigide Einschränkung von medikamentösen Behandlungen, z. B. mit Pubertätsblockern.

- *2021 fanden insgesamt 2598 Geschlechtsumwandlungen statt. Davon 50,8 % in der Altersgruppe 20-30 Jahre und 7,3*

% in der Altersgruppe 15-19 Jahre. Wir sprechen hier also über einen verschwindend geringen Anteil von Personen.

- *Die Anzahl der Eingriffe ist, wie auch die Statista-Grafik verdeutlicht, in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Diese Entwicklung wird von den Medien regelmäßig als Trend oder gar Hype beschrieben. Tatsächlich dürfte die steigende Anzahl der Eingriffe an der wachsenden Akzeptanz von Menschen mit Transidentität liegen. Dabei lassen laut planet-wissen.de längst nicht alle Trans-Personen eine Geschlechtsangleichung durchführen.*
- *„Schätzungen gehen davon aus, dass die Quote unter 50 Prozent liegt. Besonders Transmänner schrecken oft vor der komplizierten und folgenreichen Operation zurück.“ Dagegen, dass es sich um eine Modeerscheinung handelt spricht auch der Prozess, dem sich transidente Menschen vor einer Operation unterziehen müssen. Von der Diagnose bis zur Operation vergehen in der Regel etliche Jahre. (de.statista.com)*

Kindergeld nach Bedarf

Allein im Jahr 2021 wurden ca. 459 Millionen Euro deutsche Steuermittel als Kindergeld ins Ausland gezahlt – unabhängig von den Lebensverhältnissen der Kinder in den Empfängerländern. Das ist ungerecht und schafft erhebliche Anreize zur Sozialmigration. Die bestehende Regelung muss durch Korrektur der EU-Verordnung 883/2004 geändert werden.

Aus der EU-Verordnung 883/2004: Artikel 4 Gleichbehandlung

- *„Sofern in dieser Verordnung nichts Anderes bestimmt ist, haben Personen, für die diese Verordnung gilt, die gleichen Rechte und Pflichten aufgrund der Rechtsvorschriften eines Mitgliedsstaates wie die Staatsangehörigen dieses Staates.“*
- *Bedeutet im Fall von Kindergeldzahlungen: Kindergeldberechtigt sind alle Eltern, die die Staatsangehörigkeit eines EU-Landes, Islands, Liechtensteins, Norwegens oder der Schweiz haben und in Deutschland leben oder arbeiten.*
- *Staatsangehörige von Algerien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Marokko, Montenegro, Serbien, Tunesien und der Türkei erhalten Kindergeld, wenn sie einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, bzw. sich in Bezug von Arbeitslosen- oder Krankengeld befinden.*
- *Unanfechtbar anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber erhalten ebenfalls Kindergeld.*
- *Keine Kindergeldberechtigung haben:*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- *Personen, die sich zum Zweck der Aus- und Weiterbildung in Deutschland befinden*
 - *Asylbewerber ohne Aufenthaltsgestattung oder Duldung*
- *Hier geht es also um die Gleichbehandlung aller in Deutschland lebenden und arbeitenden Eltern. Dies als ungerecht zu bezeichnen ist widersinnig, da bis auf die anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber alle anderen sozialversicherungspflichtige Abgaben leisten, bzw. geleistet haben.*

15) Bildung und Forschung (Seite 48-49)

„Nein zum „Europäischen Bildungsraum“

„Obwohl das Grundgesetz festlegt, dass Bildungspolitik Ländersache ist, maßen sich der Bund und die EU immer mehr Kompetenzen im Bildungsbereich an.“

„Gemeinsames Ziel dieser Akteure ist die Herstellung eines weitgehend vereinheitlichten, zentralisierten „Europäischen Bildungsraums“, der nicht dem humanistischen Bildungsideal folgt und in dem die Schüler nicht zu selbständigem Denken angeregt werden.“

- *Die Behauptung, dass SchülerInnen im derzeitigen Bildungssystem nicht zum selbstständigen Denken angeregt werden, wird einfach in den Raum gestellt. Aber: Es gibt die Förderung demokratischer Prozesse bereits in der Grundschule, SchülerInnenfirmen, SchülerInnenlabore....Lehrpläne werden fortlaufend überarbeitet mit dem Schwerpunkt, die Kompetenzen der Kinder hin zu einer kritischen Fragehaltung und selbstständigen Auseinandersetzung mit Unterrichtsinhalten zu fördern, statt isolierter Wissensvermittlung.*
- „Die AfD lehnt die Schaffung eines „Europäischen Bildungsraums“ ab. Wir werden der EU die Kompetenzen, die sie sich im Bildungsbereich angeeignet hat oder die ihr von den Mitgliedstaaten übertragen wurden, wieder entziehen.“

Aussagen der AfD zum Thema Hochschulen (S. 48):

„Einfluss der Politik, beispielsweise im Bereich der Klimaforschung, Medizinforschung, Migrationsforschung muss vermindert werden.“

„Aufnahmeprüfungen an Hochschulen“

„keine Quotenregelungen“

- *hier spricht die AfD von „angeblich benachteiligten und unterrepräsentierten Gruppen“; Wer ist damit gemeint??? Frauen???*

„Rückkehr zum Leistungsprinzip“

„Rückkehr zu Diplom- und Masterstudiengängen „

- *Damit wären Studienabschlüsse aber nicht international anerkannt. Im Ausland erworbene Studienleistungen wären in Deutschland nicht automatisch anerkannt.*
- „Erhaltung und Ausbau der dualen Ausbildung/des dualen Studiums“

Aussage der AfD zum Thema „Inklusion“ (S. 49)

„Inklusion“ – aber richtig: Eine Inklusion um jeden Preis geht zu Lasten der Bildungsqualität aller Beteiligten. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen und für eine Inklusion mit Augenmaß ein.“

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

- *Dieses widerspricht der UN Behindertenrechtskonvention, die Deutschland 2009 unterzeichnet hat. Auf der Seite der Bundesregierung heißt es dazu:
„Die Konvention erfasst Lebensbereiche wie Barrierefreiheit, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Rehabilitation, Teilhabe am politischen Leben, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung. **Grundlegend dabei ist der Gedanke der Inklusion: Menschen mit Behinderung gehören von Anfang an mitten in die Gesellschaft.**“
Studien (z.B. Bertelsmann-Stiftung, 2020) „sehen im Leistungsbereich eher Vorteile des inklusiven Lernens“ „Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht verfehlen seltener als die in Förderschulen den Hauptschulabschluss.“
Kinder ohne Förderbedarf werden „...nicht benachteiligt. Im Gegenteil: Sie können von der Expertise des Lehrerteams profitieren“.*

Aussagen der AfD zum Thema Kita-Erziehung/Gendern (S. 49):

„An deutschen Bildungseinrichtungen wird durch den zunehmenden Einfluss der EU „Haltung“ statt Wissen vermittelt.

- *Dieses wird einfach so behauptet; ohne Belege!*

„Leitbild der Bildung im Sinne der Aufklärung muss jedoch der mündige Bürger mit eigenem Urteilsvermögen sein.“

„...fordern die Rückkehr zum humanistischen Bildungsideal.“

„Gendersprache erschwert den Spracherwerb und das sinnerfassende Lesen“.

„Die bereits in der Kita praktizierte Gender-Ideologie entwertet das vom Grundgesetz geschützte Recht der Eltern auf Erziehung und verunsichert Kinder in ihrer sexuellen Identität und natürlichen Entwicklung.“

- *Dieses Thema polarisiert enorm; man benötigt keine „Expertise“/kein Hintergrundwissen, um mitreden zu können. Sprache ist aber einem stetigen Wandel unterzogen und Neuerungen werden zunächst immer abgelehnt (z.B. Anglizismen).*
- *Die AfD versuchte z.B. in einem Antrag im baden-württembergischen Landtag das Gendern zu verbieten und warf der Landesregierung vor, die deutsche Sprache zu „schänden“ Zudem behauptete die AfD, dass Schüler und Schülerinnen benachteiligt werden, wenn sie nicht gendern würden. Mit dieser Aussage hat die AfD Unwahrheiten verbreitet, um ihre Interessen durchzusetzen. Die AfD fantasiere einen Genderzwang herbei, den es nicht gebe, so Oliver Hildenbrand, stellvertretender Fraktionschef der Grünen. „Sie behaupten, jeder soll so sprechen sollen, wie er will und gleichzeitig wollen sie Sprachverbote in Schulen und Behörden beschließen? Das passt nicht zusammen“, so Hildenbrand. (Frankfurter Rundschau, 21.12.23, „Kein einziger Fall“ – AfD blamiert sich mit Anfrage und Antrag zu Gender-Zwang)*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Aussagen der AfD zum Thema Digitalisierung (S. 49)

„Mit ihrem „Aktionsplan für digitale Bildung“ und der „Governance der Schulbildungssysteme“ versucht die EU, sich unter Verletzung des Subsidiaritätsprinzips auch hier neue Zuständigkeiten zu verschaffen. Da die Folgen eines komplett digitalisierten Unterrichts noch nicht erforscht sind, befürchten wir negative Auswirkungen für das Kindeswohl. Einen mit der Digitalisierung verbundenen Einzug von Werbung in den Unterricht lehnen wir genauso ab wie die Ökonomisierung des Bildungsprozesses oder eine Monopolisierung der Lehrmedien und deren Inhalte.“

„Der Lehrer ist und bleibt die wichtigste Bezugsperson für alle Schüler; er muss deshalb die Verantwortung und die Kontrolle für das Bildungsgeschehen im Klassenzimmer behalten.“

„Abzulehnen sind alle Bestrebungen, den Unterricht generell zu digitalisieren und dabei die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen.“

- *Hier werden Schlagworte aneinandergereiht, die in keinem sinnvollen Zusammenhang stehen. Werbung und Ökonomisierung in der Bildung sind in jedem Fall abzulehnen, haben aber nicht zwangsläufig etwas mit Digitalisierung zu tun. Der „Aktionsplan für digitale Bildung“ (2021-2027) ist eine neu aufgelegte politische Initiative der Europäischen Union (EU) mit der gemeinsamen Vision einer hochwertigen, inklusiven und zugänglichen digitalen Bildung in Europa. Er macht sich u.a. stark für Chancengleichheit (Zugang zur digitalen Bildung unabhängig von Herkunft und Einkommen.). Hier ist auch nicht die Rede davon, Unterricht komplett zu digitalisieren!*

Aussagen der AfD zum Forschungsprogramm „Horizon Europe“ und andere (s.49/50)

„In dem ideologisch getriebenen Programm „Horizon Europe“ werden Mittel bereitgestellt u.a. für folgende Themen: Kultur, Kreativität, inklusive Gesellschaft, Sicherheit für die Zivilgesellschaft, Klima, Energie, Mobilität, Lebensmittel, Bioökonomie.“

- *Diese sind nach Aussage der AfD gesellschaftspolitisch und wissenschaftlich nicht begründbare Ziele (S. 50)*

„Die AfD steht für uneingeschränkte Forschungsfreiheit und Technologieoffenheit zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.“

„Die AfD fordert u.a.: kein Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“; Europäischen Wirtschaftsrat auflösen, Stärkung der Autarkie der Mitgliedstaaten der EU in Schlüsselindustrien (Wehrtechnik, Energieversorgung, Mobilität, Digitalisierung inklusiv Kryptografie, Gesundheits- und Nahrungsmittelversorgung) Technikverbote (Verbrennungsmotor, Öl-/Gasheizung) abschaffen“

- *gesamteuropäische Fragestellungen werden ignoriert, insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung des Klimas!!!*

16) Kulturpolitik (Seite 50-51)

„Die Kulturpolitik der EU verfolgt das Ziel, die europäische Vielfalt in einer künstlich geschaffenen Einheitskultur aufzulösen. Durch Maßnahmen zur Inklusion, Chancengleichheit, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit sorgt man nicht nur für Quoten in der Kulturförderung, sondern erzeugt auch einen ideologischen Konformitätsdruck. Auch der Kampf gegen „Rassismus“ und „Diskriminierung“, von denen die europäischen Gesellschaften angeblich strukturell durchsetzt seien, wird von der EU vorangetrieben.

„Die AfD stellt sich diesen Bestrebungen strikt entgegen und hält auch in kultureller Hinsicht an einem Europa der Nationen fest.“

„Die Fördermittelvergabe für EU-Projekte darf nicht an Rahmenvorgaben der politischen Korrektheit, etwa an Auflagen des „Gender-Mainstreaming“ oder „Diversity“-Vorgaben, gebunden wird

- *Rassismus und Diskriminierung sind laut AfD nur angeblich vorhanden. Die AfD nutzt hier die altbekannten Themen, um die Kulturpolitik der EU zu diskreditieren.*

„Der europaweit grassierenden Tendenz, die Kolonialgeschichte der europäischen Nationen als Verbrechen Geschichte zu erzählen, setzt die AfD eine differenzierte Sicht auf die deutsche und europäische Kolonialzeit entgegen. Die Schuld- und Schamkultur, wie sie die postkolonialistische Ideologie in ganz Europa etablieren will, wird den historischen Tatsachen nicht gerecht. Wir lehnen sie deshalb ab.“

- *Lt. Eines Spiegel-Artikels vom 29.6.18 wird der Begriff „Schuld kult“ von Rechten benutzt, um die Erinnerungskultur im Hinblick auf den Holocaust zu diffamieren.*

„Die AfD lehnt alle Bestrebungen der EU ab, Kontrolle über die Medien auszuüben, Medienangebote Dritter zu zensieren oder die Meinungsfreiheit zu beschränken, wie sie in Initiativen wie dem „European Democracy Action Plan“, dem „Digital Service Act“ oder dem sogenannten „Medienfreiheitsgesetz“ zum Ausdruck kommen. Insbesondere treten wir allen Versuchen der EU entgegen, eine europaweite Medienaufsicht und -regulierung an den nationalen Zuständigkeiten vorbei zu etablieren.“

- *Diese Initiativen sind Maßnahmen zur Sicherstellung der Pressefreiheit und des Verbraucherschutzes. Diese lehnt die AfD also ab (und das scheint mir brandgefährlich!!!):*
- *Im Jahr 2020 verabschiedete die Kommission den Europäischen Aktionsplan für Demokratie, um widerstandsfähigere Demokratien in der gesamten EU aufzubauen; Ziele: Förderung freier und fairer Wahlen, Stärkung der Medienfreiheit, Desinformation entgegenwirken.*

AfD-EU-Wahlprogramm

Zitate und Bemerkungen

Der Digital Service Act

- *Die Vorschriften im Gesetz über digitale Dienste sind ein einheitliches gemeinsames Regelwerk für die gesamte Europäische Union. Sie schützen Nutzerinnen und Nutzer besser und bieten Unternehmen im gesamten Binnenmarkt Rechtssicherheit. Es gilt für alle digitalen Dienste, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern Waren, Dienstleistungen oder Inhalte vermitteln. Das Gesetz über digitale Dienste erleichtert die Entfernung illegaler Inhalte und schützt die Grundrechte der Nutzerinnen und Nutzer. Hierunter fällt auch die Redefreiheit im Internet. Für große Online-Plattformen und Suchmaschinen, die monatlich mindestens 45 Millionen aktive Nutzerinnen und Nutzer erreichen, gelten besondere Sorgfaltsanforderungen, wie zum Beispiel die Pflicht zur Risikoanalyse und Risikominimierung. Dazu sollen illegale Inhalte auf Plattformen besser bekämpft werden. Dies betrifft neben Hassrede beispielsweise auch gefälschte Produkte, die zum Kauf angeboten werden. Zudem soll die Entscheidungsfreiheit und Autonomie der Nutzerinnen und Nutzer gestärkt werden, beispielsweise durch das Verbot sogenannter dark patterns, bei denen Nutzerinnen und Nutzer zu Entscheidungen verleitet werden können, die sie nicht frei getroffen hätten.*
- *Das Medienfreiheitsgesetz wurde erlassen, um Medienfreiheit, Pluralismus und Unabhängigkeit der Medien in der EU zu garantieren. Der Gesetzentwurf verbietet es beispielsweise Behörden, in redaktionelle Entscheidungen einzugreifen. Auch soll er Transparenz über die Besitzverhältnisse von Medienunternehmen schaffen. Eine unabhängige Medienaufsichtsbehörde soll die Einhaltung der neuen EU-Regeln überwachen. Die Kommission reagierte mit dem Vorschlag auf Einschränkungen der Pressefreiheit in einigen EU-Staaten, etwa in Polen und Ungarn.*

